

TAGESCHAU

POLITIK

Affäre Antes: Der frühere Charlottenburger Baustraßen-Wolfgang Antes, der im Zusammenhang mit der Berliner Bestechungs- und Parteispendingaffäre seit November 1985 in Untersuchungshaft sitzt, ist aus der CDU ausgetreten.

Westland: Die Bundesmarine hat beim britischen Hubschrauberhersteller fünf Helikopter im Wert von 67 Millionen Mark bestellt. Der Auftrag wurde einen Tag vor der heutigen Westland-Hauptversammlung bekanntgegeben, die über das Beteiligungsangebot des US-Herstellers Sikorsky entscheidet soll.

Hamburg: Als Termin für die nächste Landtagswahl hat der Senat der Hansestadt den 9. November 1986 festgelegt.

Terror: Der republikanische Politiker und ehemalige Bürgermeister von Florenz, Lando Conti, ist von den „Roten Brigaden“ ermordet worden. Die Mörder hinterließen am Tatort eine „Resolution“ dieser Terrororganisation.

Menschenrechte: Die Gefangenenshilfsorganisation Amnesty International (AI) hat die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua angeprangert. Dafür seien sowohl die regierenden Sandinisten als auch die gegen sie kämpfenden „Contras“ verantwortlich, heißt es in einem gestern veröffentlichten Bericht.

WIRTSCHAFT

Steuerbelastung: Der Bund der Steuerzahler schätzt die heimlichen Steuererhöhungen für die Zeitspanne von 1981 bis 1985 auf rund 50 Milliarden Mark. Die Steuersenkung Anfang 1986 von rund zehn Milliarden Mark habe lediglich zwei Drittel der heimlichen Steuererhöhungen allein des vergangenen Jahres ausgemacht. (S. 11)

BDE: Der Spitzenverband der deutschen Industrie soll eine vierköpfige Hauptgeschäftsführung erhalten, die zusammen mit Siegfried Mann und seinem Stellvertreter Karl Pfeiffer von den Hauptabteilungsleitern Eckart John von Freyend und Kurt Steves gebildet wird. (S. 11)

KULTUR

Raubdruck: Englands Verlegerverband ist nicht länger bereit, die jährlichen Millionenverluste hinzunehmen, und hat deshalb eine Initiative gegen die Raubdruckritter gestartet. Er will die Regierungen mobilisieren, den Piratenaktionen der Dritten Welt den Entzug der Wirtschaftshilfe anzudrohen, falls geistiges Eigentum nicht respektiert werde. (S. 19)

SPORT

Tennis: Wimbledonssieger Boris Becker gewann sein erstes Spiel beim Turnier in Boca West gegen den Holländer Tom Nijssen mit 6:3, 7:5. Becker trifft nun auf Pavel Slozil (CSSR). Das Spiel findet heute abend kurz vor Mitternacht statt. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Nasa: Abgesagt hat die amerikanische Weltraumbehörde die nächsten drei der für dieses Jahr geplanten Raumfahrten. Damit ist der 24. Juni der früheste Starttermin für den ersten Flug eines Shuttle nach der „Challenger“-Katastrophe vom 28. Januar.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Angst vor dem eigenen Kind - Leitartikel von Joachim Neander S. 3
Bremen: „Arbeiter-Akademie“ - ein neues Gewächs der Universität - Von W. Wessendorf S. 4
Albanien: Trana bemüht Historiker - Anspruch auf Kosovo soll mehr Gewicht erhalten S. 5
Südafrika: Zwischenbilanz der Reformgesetze - Rückwirkungen auf politische Parteien S. 6
Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7
Schnee und Glotzels behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Um 10.58 Uhr war Schtscharanski frei

Demonstrative Geste der USA in Berlin: Botschafter Burt holte den russischen Bürgerrechtler ab

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Unter den Augen der Weltöffentlichkeit fuhr gestern um 10.58 Uhr der sowjetische Bürgerrechtler Anatol Schtscharanski (37) im Auto des US-Botschafters in Bonn, Richard Burt, in die Freiheit. Der Diplomat hatte den Regimekritiker demonstrativ in seinen Dienstwagen genommen, noch bevor die Agenten-Austauschaktion zwischen Ost und West an der Berliner Stadtgrenze begann. Damit stellten die USA klar, daß Schtscharanski „zu keiner Zeit und auf keine Weise“ US-Agent gewesen sei, wie US-Sprecher Edward Harper später sagte.



Anatol Schtscharanski nach seiner Freilassung auf der Glienicke-Brücke in Potsdam zwischen Staatssekretär Ludwig Reihinger (links) und dem amerikanischen Botschafter Richard Burt

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl begrüßten gestern in einer gemeinsamen Erklärung die Freilassung Schtscharanskis, den sie als einen „Gefangenen des Gewissens“ bezeichnet hatten. Die Aktion sei das Ergebnis einer „engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit“, hieß es in der Erklärung.
Moskau wollte bis zuletzt den Regimekritiker als „einfachen“ Agenten austauschen. Er war in der Sowjetunion wegen angeblicher Spionage für die USA verurteilt worden und saß acht Jahre in Lagerhaft. Die amtliche „DDR“-Nachrichtagentur ADN berichtete über den Austausch. Nach entsprechenden Vereinbarungen der beiden deutschen Staaten, der USA, der UdSSR, der Tschechoslowakei und Polens seien mehrere Personen ausgetauscht worden, die durch die jeweiligen Länder inhaftiert worden waren. Darunter befanden sich mehrere Kundschafter. „Mit diesem Ausdruck bezeichnet die „DDR“ in offiziellen Sprachgebrauch eigene Agenten.“
Insgesamt tauschten Ost und West neun Personen aus. Von westlicher Seite wurden das Ehepaar Karl und Hanna Koehler aus der CSSR, der sowjetische Computerspezialist Jewgenij Semljakov, der „DDR“-Agentenwerber Detlef Scharfent

dem weißen Grenzstrich auf der Brücke den sowjetischen Bürgerrechtler in seinen Dienstwagen geleitet hatte, begann der Austausch. Die Formalitäten nahmen eine halbe Stunde in Anspruch. Sowjets und „DDR“-Gruppierungen erlaubten ein Bus der Air Force, über den Grenzstrich auf den zur „DDR“ gehörenden Teil der Glienicke-Brücke zu fahren, um das Gepäck der Exgefangenen auszuladen und aufzunehmen.
Schtscharanski flog unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin nach Frankfurt, wo ihn seine Frau Awital erwartete. Er hatte sie zuletzt vor zwölf Jahren gesehen. Von Frankfurt aus reisten beide in einer Sonderma-

schine nach Israel weiter. Israels Politiker nannten Schtscharanski „Symbol und Flaggenträger“ des Kampfes der sowjetischen Juden für ihren Wunsch, nach Israel auszureisen.
In einem Kleinbus der US-Mission kamen Wolf-Georg Frohn und Dietrich Niestroj aus der „DDR“ sowie der Tschechoslowake Jaroslav Javorski über die Grenzübrücke in die Freiheit. Als Journalisten den Fall Schtscharanski auf einer Pressekonferenz des sowjetischen Außenministeriums zu „internationalen Fragen“ in Moskau ansprachen, sagte der stellvertretende Außenminister Wladimir Morosow, dies gehöre nicht zur Tagesordnung, und verließ den Saal.

Reagan dringt auf Reformen in Manila

Washington weist auf das starke Zweiparteiensystem hin / Aufruf zur Zusammenarbeit

Präsident Reagan versuchte gestern, das Beste aus dem zu erwartenden Wahlergebnis auf den Philippinen und der Fortsetzung des Marcos-Regimes zu machen. Er wies auf das starke Zweiparteiensystem auf den Philippinen hin. „Ich halte das für gut“, erklärte er in einem Interview mit der „Washington Post“. „Es könnte der Beginn einer Antwort für ihre Regierungsform sein.“

Zugleich rief Reagan beide Parteien auf den Philippinen zu einer engen Zusammenarbeit auf, wollte es jedoch nicht als eine Aufforderung zur Bildung einer Koalition verstanden wissen, wie er in demselben Interview betonte.
Reagan hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht Richard Lugar gesprochen, der die amerikanische Wahlbeobachtungs-Kommission auf den Philippinen leitete und im Laufe des späteren Dienstages dem Präsidenten und Außenminister Shultz über seine Erfahrungen berichtete. Er gab jedoch zu erkennen: „Wenn die philippinischen Bürger ihre Entscheidung getroffen haben, möchten wir

mit ihnen und mit ihrer Regierung die gleichen historischen Beziehungen haben wie zuvor.“
Es kann kaum Zweifel geben, daß der Bericht Senator Lugars sehr kritisch ausfallen wird. Lugar hatte bereits in Fernsehinterviews auf Manila „von massiven Beweisen von Wahlbetrug“ gesprochen, die ihm vorlag.

Sollte, wie es nunmehr in Washington als sicher erwartet wird, Marcos zum Wahlsieger erklärt werden, wird der Reagan-Administration, die seit langer Zeit unglücklich über seine Politik ist, nichts anderes übrig bleiben, als das Ergebnis zu akzeptieren. Es wird jedoch erwartet, daß sich schon in naher Zukunft der politische Druck Washingtons auf Marcos mit dem Ziel, ihn zu Reformen zu bewegen, verstärkt.

Washington wird Marcos vor allem auffordern, die Opposition in diesen Reformprozess einzubeziehen.

Iran meldet Einnahme des Ölhafens Fao

DW, Teheran/Bagdad

Iranische Truppen sollen nach Angaben der Teheraner Nachrichtenagentur Ima nach mehrstündigen heftigen Gefechten den wichtigen irakischen Ölhafen Fao eingenommen haben. Fao liegt nur 100 Kilometer südöstlich von Basra. Der Hafen ist der einzige Zugang Iraks zum Persischen Golf und damit bedeutsam für Bagdads Marine. Er liegt 20 Kilometer östlich der zu Kuwait gehörenden Buhayan-Inseln.
Der irakische Informationsminister Lateef Jassan hat die iranische Meldung vom Fall Faos umgehend dementiert. Zugleich bestritt er die iranischen Angaben, im Zuge der Offensive hätten die Iraner die Insel Um-ul-Rasas 70 Kilometer nordwestlich von Fao erobert. In einem irakischen Militär-Kommunique wird allerdings eingeräumt, daß die Iraner einen „unsicheren“ Brückenkopf Schatt el-Arab errichtet hätten. Iranische Verbände waren am Sonntag abend zu einer neuen Offensive im Krieg mit Irak angetreten.
Seite 5: Waffen aus aller Welt

Defizite am „Lernort Betrieb“

Führungskräfte werden nur unzureichend auf den technologischen Wandel vorbereitet

PETER PHILIPPS, Bonn
In der Bundesrepublik Deutschland wenden sowohl die Unternehmen als auch die Arbeitnehmer selbst zwischen erhebliche zeitliche und finanzielle Mittel zur Weiterbildung auf. Doch das Ergebnis ist häufig unbefriedigend. Das unternehmerische Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat in der ersten Zwischenbilanz einer Untersuchung über den „Lernort Betrieb“ jetzt ermittelnde „Defizite“ festgestellt. Im Kern kritisiert die Analyse, die vom Bundesbildungsministerium in Auftrag gegeben worden war, daß dem zunehmenden Einsatz neuer Technologien zu wenig mit praxisorientierten Weiterbildungsangeboten entsprochen wird. „Die Möglichkeit zu höherer Qualifizierung und zu breiteren Tätigkeitsfeldern von Mitarbeitern beim Einsatz neuer Techniken ist in den Betrieben zwar angelegt, aber ein eindeutiger Trend zu höherer Qualifizierung des Personals ist nicht auszumachen.“

Nach den aktuellen Zahlen stiegen die Ausgaben der privaten Wirtschaft für Weiterbildung je Erwerbstätigen von 80 Mark im Jahre 1972 auf 365 Mark im Jahre 1984. Insgesamt belief

sch der Aufwand der Unternehmen für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter auf fast 38 Milliarden Mark brutto. Unter Berücksichtigung des Preisindex für das Bruttoverdienstprodukt ergibt sich eine reale Erhöhung der Weiterbildungsausgaben um 160 Prozent. Doch nach dem Reimee des IW, das sich schwerpunktmäßig auf den Bereich der metallverarbeitenden Industrie bezieht, läuft zu viel nebeneinander her: „Die bislang zum Training angebotenen Maßnahmen müssen besser als bisher miteinander verknüpft werden.“

Washington wendet sich gegen Gorbatschows Junktim

USA mahnen Termin für Gipfeltreffen an

SAD, Washington
Die amerikanische Regierung hat Moskau sanft ermahnt, sich endlich auf einen Termin für das geplante nächste Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow festzulegen.
Im vergangenen November, als sich Reagan und Gorbatschow auf zwei weitere Gipfelbegegnungen geeinigt hatten, war von der amerikanischen Seite ein Termin im Juni vorgeschlagen worden, gegen den die sowjetische Seite anfangs nichts einzuwenden hatte. Später brachten sie jedoch ein Datum im Herbst ins Gespräch.
Daran konnten wiederum die Amerikaner nicht interessiert sein. Im Herbst steckt Amerika mitten im Wahlkampf für die im November stattfindenden Kongresswahlen. Ein Gipfeltreffen, noch dazu auf amerikanischem Boden, würde zu diesem Zeitpunkt nicht in die politische Landschaft passen.
Die Annahmung eines Termins in Moskau kann jedoch auch als eine Art amerikanische Retourkutsche ver-

DER KOMMENTAR

Risiko Marcos

FRITZ WIRTH

Es war, nach allem was wir wissen, keine reelle Wahl auf den Philippinen, doch es gab ein sehr reales Ergebnis. Mit Ergebnis ist nicht gemeint, was sich am Ende der Stimmenzählung als Resultat darstellt, das seine Glaubwürdigkeit verloren hat, gemeint sind politische Fakten: Der Anspruch des Ferdinand Marcos auf ein Mandat als Präsident und damit die Verlängerung seines Regimes.
Für die amerikanische Regierung sind der Verlauf und der Ausgang dieser Wahl eine Enttäuschung und ein Rückschlag. Die ersten vorsichtigen Kommentare des Weißen Hauses sollten nicht suggerieren, als habe mit dieser Wahl eine zähneknirschende Akzeptierung des Marcos-Regime und seiner Politik stattgefunden. Die Reagan-Administration war lange vor dieser Wahl zu Marcos und seinem Regime auf Distanz gegangen. Es ist kaum vorstellbar, daß Art und Verlauf dieser Wahlen diese Distanz verringern haben. Marcos ist für Washington mehr denn je ein Ärgernis, eine Belastung und ein Sicherheitsrisiko.
Die USA befinden sich jedoch in einem schweren Dilemma. Es sind nicht so sehr historische Gründe, die sie veranlassen, sich für die Philippinen zu engagieren, sondern bedeutende militärstrategische Erwägungen, die nicht dadurch zu lösen sind, daß man die beiden amerikanischen Stützpunkte auf der Insel in andere Gebiete des Pazifiks verlegt.

Diese strategischen Erwägungen werden weitgehend die amerikanische Philippinen-Politik bestimmen. Das entscheidende Kriterium für Washington ist dabei nicht so sehr der Ausgang von Wahlen, sondern die Frage, was sie für die politische und wirtschaftliche Stabilität der Insel bedeuten. Daher das Festklamern des Weißen Hauses am einzigen Hoffnungsschimmer, den diese Wahlen offenbaren: Die Anzeichen eines starken Zwei-Parteien-Systems.
Für Washington geht es jetzt darum, zu verhindern, daß diese politische Rivalität, angeheizt und vergiftet durch „foul play“ an den Wahlurnen, nicht in einen offenen Bürgerkrieg mündet. Das ist die Zielrichtung der gegenwärtigen Philippinen-Politik und das ist der Grund, warum die USA zur Stunde so behutsam zwischen den Fronten manövrieren.

ste
ei-
m-
zler
gr-
re-
as
el-
nm
na-

au-
is-
er-
er-
ei-

ai
PA
m
en
lai
n-
is-
an
an
ng
h-
ag-
l-
an-
u-
en
ad
ge
an
er

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aus Gewissensgründen

Von Peter Dittmar

Diesmal war es anders. Zwar wurde allenthalben von einem „Agentenaustausch“ gesprochen, aber die Realitäten gestern auf der Glienicker Brücke widersprachen dieser gefälligen Formel.

Diese deutliche Trennung ist ein Novum in dem schon längst nicht mehr neuen Geschäft zwischen Ost und West.

Bislang war der Westen froh, wenn es ihm nach langen Verhandlungen gelang, Gewissensgefangenen aus den kommunistischen Staaten im Austausch gegen überführte Spione zur Freiheit zu verhelfen.

Seit gestern wissen wir, daß die westliche Seite bei solchen Verhandlungen zu zurückhaltend war. Man hat bislang das Interesse der Kommunisten an der Rückgewinnung ihrer Agenten zu gering eingeschätzt.

Das spiegelt sich auch in der Mitteilung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN, die ihre Vier-Zeilen-Meldung über den Austausch mit dem Satz schloß: „Darunter befanden sich mehrere Kundschafter“.

Über allem darf freilich nicht vergessen werden: Scharaschkij ist zwar frei, aber Sacharow muß weiter in der Verbannung leben.

Der lachende Dritte?

Von Monika Germani

Sowohl Südafrika regierende Nationale Partei als auch die Progressive Partei versuchen, die Scherben der vergangenen Woche einzusammeln.

Wie reformfreudig Präsident Pieter Botha und seine Gefolgschaft am Kap auch sein mögen, Transvaal ist das wirtschaftliche Rückgrat des Landes.

Sollte Colin Eglin, Vorgänger des überraschend abgetretenen Van Zyl Slabbert, dessen Nachfolger werden, ist die Einheit der Partei wohl gesichert.

Heißt der neue Parteiführer jedoch Alex Boraine, so droht die Parteispaltung. Zu stark sind seine und seiner Anhänger Sympathien zur radikalen UDF.

Ob die Gegner dann selbst zur Nationalen Partei überwechseln oder als „Unabhängige“ auf Wartestellung gehen, bleibt abzuwarten.

Kann man noch trauen?

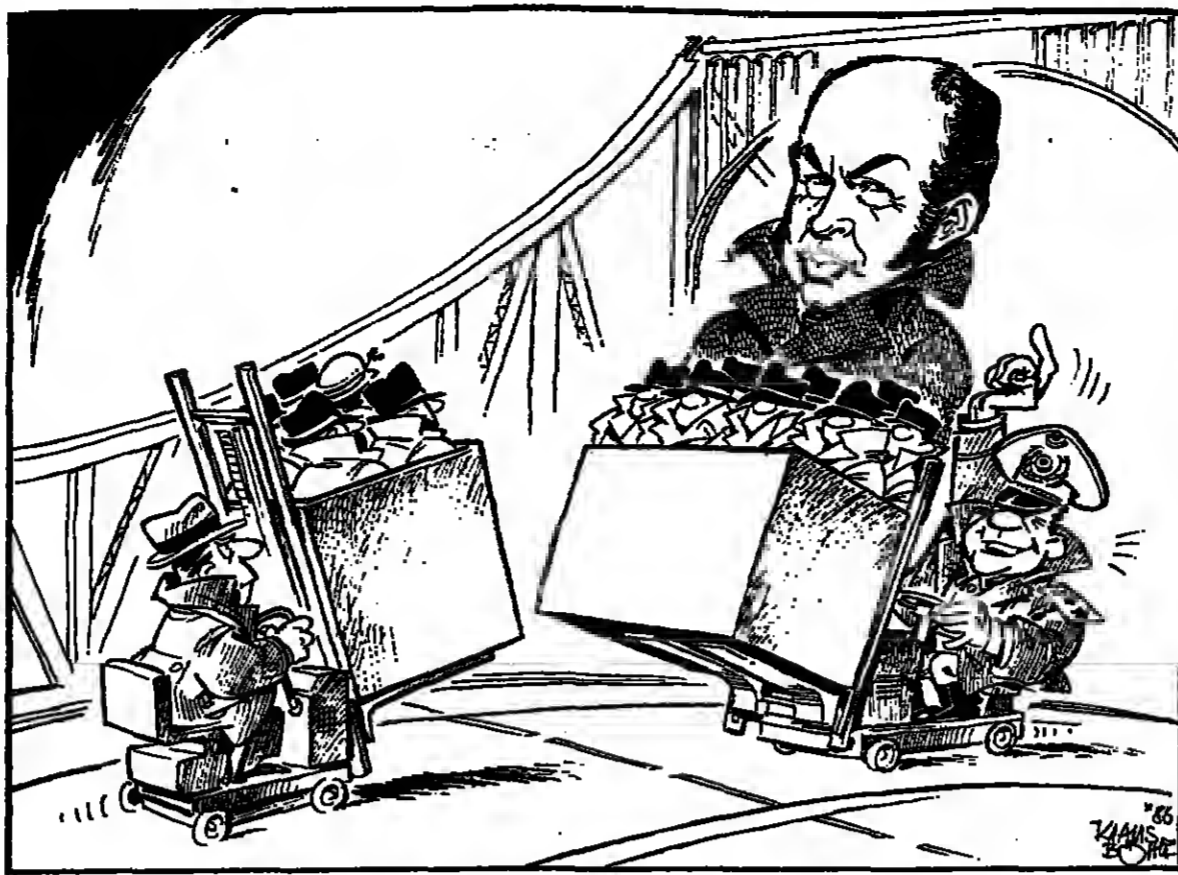
Von Eberhard Nitschke

Kann man überhaupt noch jemand trauen? Die Frage hat ein Mann Gottes ausgelöst, der in seiner Großstadtgemeinde Düsseldorf eine Abneigung gegen die alte Eheschließungsformel „... bis daß der Tod uns scheidet“ ausgemacht hat.

Heiraten, Engel, ist wunderbar! Ich meine, da müßt ich gleich wieder fort“, dichtete Goethe in seiner Bruder-Leichtfuß-Epoche.

Die ernüchternde Mitteilung soll wohl, folgt man dem Vorschlag aus Düsseldorf, die Zeremonie unter dem Kreuz entsprechend verschieben.

Wollte sich eine Institution mit ihren Gebräuchen immer dem modischen Trend anpassen, weil sie vermeint, eine Grundstimmung frühzeitig zu erspüren, dann müßte tatsächlich auch die Kirche jede Form von „Lebensgemeinschaft“ absegnen.



„Wir wollten euch den Scharaschkij einfach zu den Agenten packen!“

Die Angst vor dem Kind

Von Joachim Neander

Der junge Mann bietet ein Bild des Jammers. Er sitzt auf der Bettkante und schluchzt. Er hat sich sterilisieren lassen.

Die Zahl der Fälle, in denen gerade junge Männer und Frauen sich freiwillig sterilisieren lassen, steigt sprunghaft an.

Es gibt sicher auch andere Fälle, beispielsweise Frauen, denen ihre Partner drohen, sie zu verlassen, wenn sie sich nicht sterilisieren lassen.

Darauf wird nicht nur eine (bisher noch nicht sichtbare) Therapie, sondern auch die Vorausschau Rücksicht nehmen müssen.

Die aktuelle Diskussion über die zeitliche Verzerrung von Schule, Wehrdienst und Studium bietet ein ähnliches in anderen Bereichen.

den sich vermutlich bald Stimmen melden, die eine weit stärkere Heranziehung auch älterer Jahrgänge fordern.

Mit immer neuen, immer dümmlicheren Theorien wird zum Beispiel versucht, die wachsende Isolation der älteren Menschen zu erklären.

Wer bewußt auf Kinder verzichtet, gibt ein Stück seiner selbst preis. Es mag Gründe dafür geben, eine Rechtfertigung gibt es im tiefsten Grunde dafür nicht.



Der wirkliche Reichtum: Besuch beim Jüngsten

Wenn man das Glück beim Staat einklagen möchte

Von der Leidenschaft oder Sollten aus Kreuzen Schwerter werden? / Gastkommentar von Georg Huntemann

Die Passions- beziehungsweise Fastenzeit erinnert daran, daß das Symbol des christlichen Glaubens, das Kreuz, ein Märtler- und Folterwerkzeug ist.

In der modernen, sich gleichermaßen politisch und progressiv gebenden Neuchristlichkeit möchte man allerdings über Leid und Kreuz in diesem traditionellen Sinne nicht belehren sein.

Quellennachweis schuldig liegend - habe Jesus gern gefeiert, gegessen und getrunken, habe auf Hochzeiten gar geschunkelt; man müsse überhaupt mehr einen lachenden und fröhlichen Jesus proklamieren.

Wenn Jesus gelitten habe, so habe er, argumentieren sie, als Revolutionär gelitten. Im übrigen - so meinen viele Theologen unserer fröhlichen Zeit, allerdings den

schrecken oder ärgern sich reagieren. Die Belastungsfähigkeit hat mit den Nerven (das versteht jeder), die Leidenschaft aber hat es mit der Religion und Metaphysik (und das verstehen nur wenige) zu tun.

Passion bedeutet nicht Passivität. Wer Zahnschmerzen hat, flüchtet nicht in eine Leidensmetaphysik; er geht zum Zahnarzt.

IM GESPRÄCH Pater Anselm

Neuer auf dem Heiligen Berg

Von Peter Hornung

Die Straße führt nur wenige links neben der Klosterkirche von Andechs vorbei nach München-Riem. An klaren Tagen ist die mächtige Barockkirche zu sehen und der weitgefächerte Klosterkomplex.

Das „Imperium“ am Heiligen Berg schuf der jetzt abtretende 73jährige Pater Daniel. Ihn löst der 33jährige Pater Anselm aus St. Bonifatius in München ab.

Größere Gegensätze als die Benediktiner-Patres Daniel und Anselm sind kaum denkbar. Pater Daniel trat erst mit 43 Jahren, nach dem Tod seiner Frau, in den Benediktiner-Orden ein.

Der junge Priester muß sich in 167 Mitarbeiter kümmern: Braumeister, Abfüller, Techniker, Landarbeiter, Kraftfahrer und Agrarexperten.



Das Kloster als Konzern: Pater Anselm

eine Gaststätte und eine Metzgerei. Beides wollte er nicht übernehmen. Zu seiner Berufung sagt er kurz: „Gottes Wege sind wunderbar.“

Pater Anselm kann herzlich lachen und ist seinem dunklen Bier nicht abgeneigt, das er jeden Tag überprüft, ob auch alle bayerischen Reinheitsgesetze erfüllt werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zur bayrischen Spendeaffäre meint die sogenannten „Spiegel“-Entstellungen sind fast gänzlich ein zu rechten Zeit wieder aufgegriffener Kalauer.

NEUESTE NACHRICHTEN

In Aussicht wird jetzt gestellt, daß die DDR-Behörden bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „größtzügiger verfahren“.

dem Staat wirklich aufs Spiel setzen soll. So deformiert das DDR-Regime Menschen.

The New York Times

Nicht wenige in der Regierung üben sich bereits in Leisetreterei angesichts der offensichtlichen Wahlfällung... Die Bedrohung amerikanischer Interessen auf den Philippinen liegt in der Herrschaft von Marcos.

Rhein-Beitrag

Ums Überleben kämpft Poul Schlüter Minderheitsregierung in Kopenhagen. Die Volksbefragung am 27. Februar über die geplanten EG-Reformen droht zur innenpolitischen Zerreißprobe zu werden.

Handwritten signature: J.P. Müller 1980

Der erste Agentenaustausch im Rampenlicht - Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski nach acht Jahren Haft in Freiheit

Blick aus der Ferne auf ein Drama in zwei Akten

Von DIETER DOSE
Um 12.00 Uhr mittags sollte auf der Glienicke-Brücke zwischen Berlin und Potsdam der seit einer Woche Schlagzeilen machende Agentenaustausch zwischen Ost und West und die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski stattfinden.

In Windeseile löste sich der Pulk der rund 300 Journalisten - Kamerteams aus aller Welt, Fotoreporter, schreibende Reporter - auf. Einige von ihnen hatten tags- und nachtlang - bei bis zu minus 20 Grad - im Wohnwagen an der Brücke ausgeharrt.

Lang aber, sehr lang dehnten sich noch einmal die letzten Stunden vor dem Austausch. Schon bei Dunkelheit am Dienstag morgen setzte der Ansturm ein. Rund 50 Journalisten standen im Morgengrauen vor der 300 Meter von der Brücke entfernten Polizeisperre, stundenlanges Warten einkalkuliert. Denn bekannt war, daß frühestens um 8.30 Uhr die "Schleuse" zum Einnehmen der endgültigen Standplätze geöffnet wurde.

Ehe die Sonne herauskam, herrschten Temperaturen um fünf Grad minus. Die Polizisten drückten noch bei den Augen zu, wenn die Absperrungen überwunden werden, um von einer zur anderen Seite zu wechseln. Zum "Kaffeefassen" müssen die Sperrgitter sowieso überwunden werden: Ein Polizeiwagen bringt Kaffee, Tee und Würstchen. Spende des Berliner Journalisten-Verbandes für die Kollegen aus aller Welt.

Hektisches Treiben auf der westlichen Seite bestimmt die Szene. Jenseits der weißen Grenztrichter, auf dem Gebiet der Stadt Potsdam, aber herrscht noch immer Friedhofsruhe. Weder DDR-Grenzposten noch Sowjets geben sich zu erkennen. Diesseits aber werden es immer mehr Polizeibeamte. Fast alle mit Sprechfunkgeräten, manche mit Maschinengewehren ausgerüstet. Hundeführer sichern die Flanken des "Schlauches" für die Wagenkolonnen und die Journalisten. Die meisten Fotografen haben Leihkameras, andere - vor allem auch Kamerasteams - hatten sich schon in den Tagen zuvor Podeste errichten lassen. Schon in der Nacht bevor die Absperrungen durchgeführt wurden, hatte eine amerikanische Fernsehgesellschaft mit Privatautos Parkraum blockiert. Morgens rollte dann ein gemieteter Sky-lift für die Kameraleute an.

10.10 Uhr: Die rotweißen Schranken auf der Westseite geben hoch. Nur zwei Minuten später wird es auch drüben lebendig. Des Drei-Klassen-System an der "Brücke der Einheit" - Offizielle und Sicherheitskräfte ganz vom, Journalisten als Vertreter der Öffentlichkeit schon in gebührendem Abstand vom Geschehen, Zuschauer ganz hinten - soll strikt eingehalten werden. So wollen es zumindest die US-Sicher-

heitsoffiziere. Doch im Trubel um die besten Film- und Fotoplätze an der Absperrung bittet auch eine amerikanische Jüdin um Einlaß in die Pressezone. Das wird ihr mit barschem Ton erst einmal verweigert. Doch eine halbe Stunde später erreicht sie ihr Ziel. Sie bleibt wohl die einzige "Privilegierte" unter den vielen privaten Zuschauern, die das Geschehen hinter der Absperrung verfolgen müssen.

Kurz vor dem Eintreffen der Wagenkolonne mit US-Botschafter Burt, dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel und Staatssekretär Ludwig Rehlinger aus dem innerdeutschen Ministerium dürfen jenseits des breiten weißen Grenzstrichs auch zwei "DDR"-Augenzeugen aufmarschieren - bei bis zu minus 20 Grad - im Wohnwagen an der Brücke ausgeharrt.

Um diese beiden einsamen Außenposten an der Trennlinie zweier Systeme mitten auf der alten Schinkelbrücke kümmern sich wiederum zwei Offiziere der Volkarmee. Interessiert lugen die beiden Grenzer in die amerikanischen Busse und werden ihrerseits vom Objektiv eines Angehörigen der amerikanischen Armee erfaßt, der mit einer Handkamera das Geschehen aufnimmt. Vermutlich wurden im Osten die Filmaufnahmen für den internen Dienstgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gemacht.

Auf der Potsdamer Seite der Brücke haben sich unterdessen - ungeachtet des noch am Vorabend ausgespro-



Blickpunkt Glienicke-Brücke: Die ausgetauschten westlichen Agenten erreichen Berlin

chenen Verbots durch das "DDR"-Außenministerium - mehrere westliche Korrespondenten eingefunden. Erst wenige Minuten vor dem Austausch gruppieren sich Stasi-Berater vor der Zufahrt zur Brückenrampe. Rund 50 Potsdamer Bürger, durch zahlreiche westliche Fernsehvorberichte angelockt, beobachten die Szene. Vor dem Mauerbau bedeutete die Glienicke-Brücke für die Bewohner der Berliner Schwesterstadt den "schnellsten" Zugang in den Westen - per pedes oder per Rad.

10.44 Uhr: Es ist soweit. Die Wagenkolonne (West) trifft ein: Funkwagen mit Blaulicht, der goldfarbene Mercedes mit "DDR"-Kennzeichen JS-58-72 des Ostberliner Rechtsanwalts Vogel, dahinter der Wagen mit dem amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik, Richard Burt. In

zwei dunkelblauen Kleinbussen der amerikanischen Luftwaffe kommen die fünf von Westen freigegebenen Ostblock-Spione.

Vor dem Grenzstreifen stellen sich die Militärbusse quer. Erster Akt auf der Brücke, in wenigen Minuten beendet: Anatoli Schtscharanski (dunkler Mantel, dunkle Felzmütze) kommt über den Streifen, wird von Botschafter Burt begrüßt. Beide unterhalten sich kurz, der Fahrer wartet schon am geöffneten Wagenschlag. Dann steigt der Bürgerrechtler in den Wagen. Die erste Wagenkolonne verläßt die Brücke. Schtscharanski winkt den Journalisten zu.

Dann beginnt der zweite Teil der Prozedur. Anwalt Vogel und Staatssekretär Rehlinger erledigen die Formalitäten: Überprüfung der Identität der ausgetauschten Agenten. Fast ei-

ne halbe Stunde dauert das. Noch eine kurze Verzögerung gibt es, weil ein Wagen der amerikanischen Luftwaffe bis über die Brücke hinter den "DDR"-Schlagbaum fährt. Grund: Die ehemaligen Ostagenten haben jeweils mehrere Gepäckstücke bei sich. Die werden umgeladen.

Nach genau 46 Minuten ist das Spektakel vor den Augen der Weltöffentlichkeit beendet. Die in Richtung Militärflughafen Berlin-Tempelhof fahrende zweite Wagenkolonne ist noch in Sicht, da beginnt die Westberliner Polizei schon mit dem Abbau der Sperren. Die Schlagbäume auf beiden Seiten der Brücke öffnen sich nun wieder nur für Fahrzeuge der westalliierten Militärmissionen oder für in der "DDR" akkreditierte Diplomaten.

Viele einsame Jahre kämpfte Avital für ihren Mann

Von ARTHUR MAX
Avital Schtscharanski, die Frau des sowjetischen Bürgerrechtlers Anatoli Schtscharanski, hat elf Jahre lang unermüdet für die Befreiung ihres Mannes aus der Haft gekämpft. Sie machte sich seine Ausreise in ihre neue Heimat Israel zur Lebensaufgabe, reiste durch zahlreiche Länder der Erde, trug ihr Anliegen Staats- und Regierungschefs vor, verfaßte Petitionen und trat in den Hungerstreik. Sie verfolgte ihr Ziel ohne Rücksicht darauf, daß ihr Einsatz nicht nur mit Wohlwollen aufgenommen wurde, sondern ihr auch Kritik eintrug. Die Entwicklung hat der heute 34-jährigen recht gegeben.

Seit Anfang Februar die ersten Berichte über den bevorstehenden ost-westlichen Häftlingsaustausch in Berlin auftauchten und bekannt wurde, daß Schtscharanski unter den Ausgetauschten sein werde, hielt seine Frau sich vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen. Avital Schtscharanski nachstehende Kreise meinen, ihr sei dazu geraten worden, Kontakte zu Journalisten konsequent zu meiden, um die Freilassung ihres Mannes nicht noch zu gefährden. Die israelische Presse wollte sogar wissen, Ministerpräsident Shimon Peres selbst habe Frau Schtscharanski einen entsprechenden Rat erteilt. Aus ihrer Umgebung verriet sie bislang lediglich, Avital Schtscharanski sei bis zuletzt skeptisch gewesen.

Die junge Jüdin Natascha Stieglitz und Anatoli Schtscharanski, damals führender Vertreter regimekritischer sowjetischer Juden, hatten im Jahre 1974 nach jüdischem Ritus geheiratet. Am Tag darauf erhielt Frau Schtscharanski ein Ausreisevisum, und unmittelbar danach wanderte sie nach Israel aus, wo sie den Namen Avital annahm. Die Ehe mit Anatoli Schtscharanski wurde von den sowjetischen Behörden nicht anerkannt, wodurch Anträge auf Familienzusammenführung von vornherein zwecklos schienen. 1978 wurde Schtscharanski wegen Spionage für den US-Geheimdienst CIA zu 13 Jahren Haft verurteilt. Das Schicksal des Paares schien endgültig besiegelt - doch nicht für Avital Schtscharanski.

Schon 1975, ein Jahr nach der Ausreise aus der Sowjetunion, hatte Frau Schtscharanski ihren Feldzug begonnen. Bis dahin hatte sie darauf gewartet, daß die Moskauer Behörden die nach ihren Angaben gegebene Zusage erfüllen würden und ihr Mann ihr innerhalb eines halben Jahres folgen dürfe. Auf vielen Reisen, in deren Verlauf es unter anderem zu Gesprächen mit den US-Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan sowie der britischen Premierministerin Margaret Thatcher kam, erinnerte sie an das Schicksal ihres Mannes. Einige wenige Male schien sie schon kurz vor dem Ziel zu stehen, doch zerschlugen sich alle Hoffnungen immer wieder, zuletzt im Juni 1985, als westliche

Bemühungen im Gange waren, Schtscharanski im Rahmen eines anderen Häftlingsaustauschs freizubekommen.

Im September letzten Jahres reiste Avital Schtscharanski in die Vereinigten Staaten, veranstaltete vor dem sowjetischen Konsulat einen Hungerstreik und trat anschließend vor der sowjetischen Botschaft in Washington in einen sechstägigen Hungerstreik. Im November demonstrierte sie dann am Rande des Gipfelfestens Reagans und des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Genf. Sie traf mit keinem von beiden zusammen, doch soll Reagan seinem Gesprächspartner den Fall Schtscharanski vorgetragen haben.

Finanziert werden die Reisen Frau Schtscharanskis zum Teil von der israelischen Regierung und zum Teil von Vereinigungen, die für eine verstärkte Emigration von Juden aus der Sowjetunion eintreten. Viele ihrer Freunde sind rechtsgerichteten Kreisen zuzurechnen, die sich nicht nur



Eine Frau gab nicht auf: Avital Schtscharanski

für die Juden in der UdSSR, sondern auch für einen Ausbau der jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanien einsetzen, doch hat Avital Schtscharanski sich aus solchen politischen Fragen stets herausgehalten. Sie engagierte sich unbeeinträchtigt für ihren Mann, und gerade das wurde ihr in ihren Kreisen gelegentlich übelgenommen.

Avital hat jetzt nur einen einzigen Traum", erzählt ihre Freundin Hana Ben-Josef der israelischen Zeitung "Jediot Acharonot", "sie will mit ihrem Mann zu Hause sein, Kinder haben und normal leben. Elf Jahre lang lebte sie wie eine Nonne, eine Braut." Ihre Freundin habe sich seit einigen Jahren immer mehr der Religion zugewandt, habe alle Vergnügungen des Lebens gemieden und als äußeres Zeichen auf jeglichen Schmuck und elegante Kleider verzichtet. "So lange er nicht frei kommt, will ich nicht an Freuden teilnehmen", habe sie immer gesagt.

„Nie habe ich geweint, heute tue ich es“

Von NIKOLAUS PREDE

Die 77-jährige Ida Petrowna Milgrom sitzt zusammengekauert auf dem grünbezogenen Sofa und wiederholt mit zitternder Stimme: „Ich kann es nicht glauben, ich kann es nicht glauben.“ Die weißhaarige Frau schluchzt und wischt sich mit der Hand Tränen aus den Augen. „Neun schreckliche Jahre lang habe ich nicht geweint, aber heute tue ich es.“

Die Mütter von Anatoli Schtscharanski kann es nicht fassen, daß ihr Sohn seit Dienstag nicht mehr in einem sowjetischen Gefangenenlager sitzt und sie selbst jetzt von einem quälenden Alptraum befreit ist. Ihren Anatoli durfte sie zuletzt im Januar 1985 besuchen. Die alte Frau reiste zu diesem Wiedersehen bis zum Ural, denn Schtscharanski saß dort im Lager 35 in der Nähe der Station Wseswajtskaja im Gebiet von Fern. Sie und ihr Sohn Leonid hielten sich dort zwei Tage auf, um Anatoli schließlich durch eine Glasscheibe sehen und sprechen zu können.

„Wir durften nur über persönliche

Angelegenheiten reden“, sagte sie am Dienstag in der engen Dreizimmerwohnung ihres Sohnes Leonid im Petschatski-Bezirk von Moskau. Dort lief ein Kurzwellenempfänger, der in englischer Sprache die letzten Nachrichten über den Agentenaustausch brachte.

Seit ihrem letzten Treffen mit Anatoli seien von ihm nur drei Briefe angekommen, berichtete die alte Frau. In der kleinen Wohnung drängten sich amerikanische und westdeutsche Kamerasteams.

Frau Milgrom sagte im Scheinwerfer der Kameras, daß sie sich zuletzt am 26. Januar mit einem Telegramm an Parteichef Michail Gorbatschow gewendet und ihn um Hilfe für Anatoli gebeten habe. „Ich bin Gorbatschow unendlich dankbar, aber ich danke auch Ronald Reagan sehr für seine Anstrengungen.“ Sie äußerte die Überzeugung, daß diese beiden Politiker „Tollas Leben retteten und mir noch etwas Leben geschenkt haben“. Gorbatschows Amtsvorgänger Breschnew, Andropow und Tschernenko

hätten nicht auf ihre vielen Gesuche reagiert.

Frau Milgrom war sichtlich angespannt. Diese Spannung löste sich aber, als ein Kameramann im Wohnzimmer mit seinem Stuhl zusammenbrach. Schtscharanskis Mutter lachte. Ihr 1977 verhafteter Sohn Anatoli war am 14. Juli 1978 wegen „Hochverrats in Form von Spionage“ für die USA und „Antisowjetische Agitation und Propaganda“ zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Zu seiner überraschenden Freilassung sagte die Mutter: „Ich werde es erst glauben, wenn ich seine Stimme höre.“ Sie warte darauf, daß Anatoli Schtscharanski und dessen Ehefrau bei ihr anriefen.

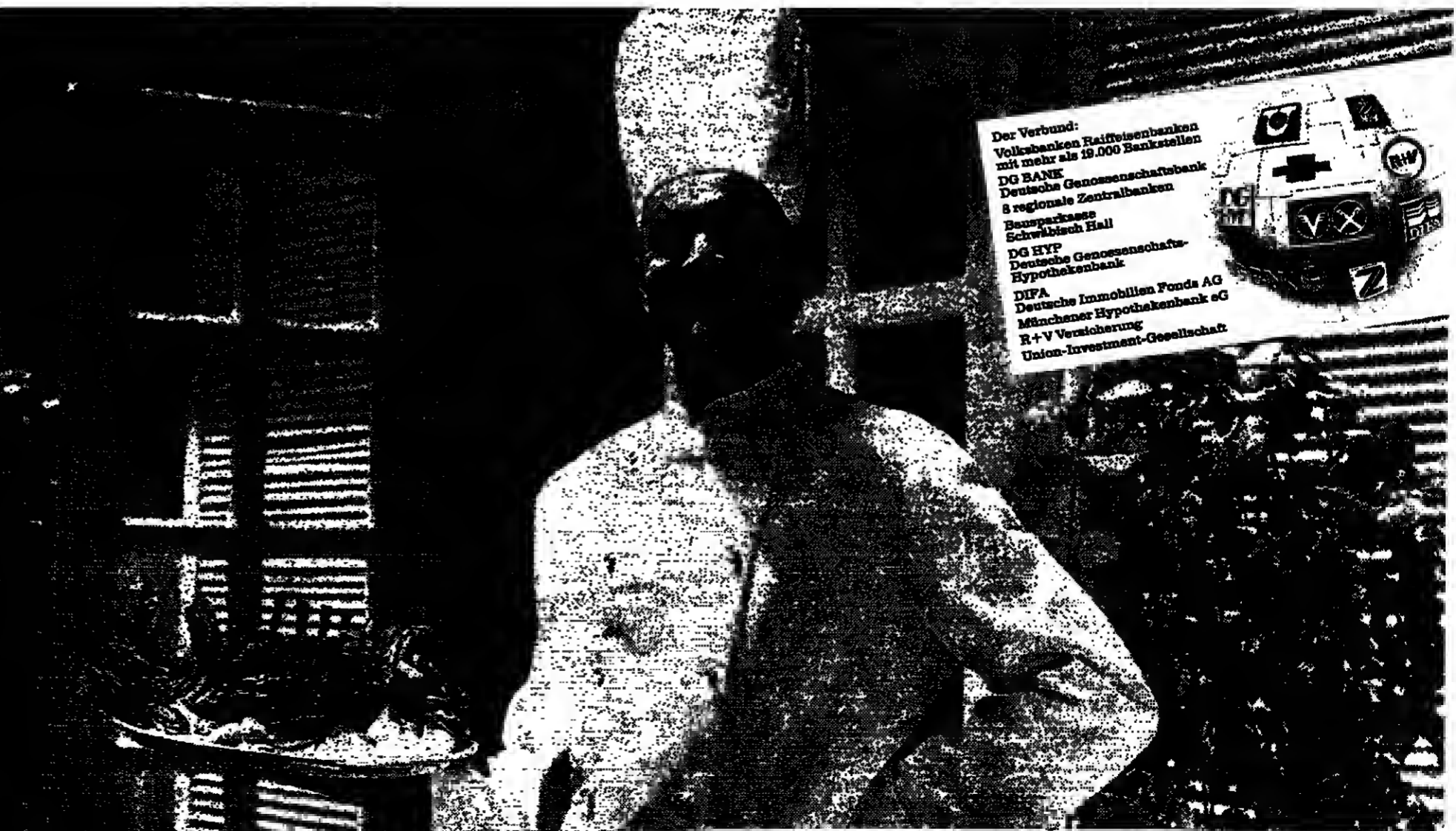
Von sowjetischer Seite, sagte Frau Milgrom, sei sie nicht über die Entlassung ihres Sohnes unterrichtet worden. Zu Berichten, daß sie selbst zu einem späteren Zeitpunkt aus der UdSSR ausreisen dürfe, erklärte sie: „Auch davon habe ich von sowjetischer Seite nichts gehört. Alles, was ich bisher hörte, ist das, was in westlichen Nachrichten-

sendungen gesagt wurde.“ Sie deutet dabei auf das Kurzwellenradio.

Frau Milgrom drückte allerdings die Hoffnung aus, daß die UdSSR ihr, Leonid, dessen Frau Raja und den beiden Enkelkindern Sascha (14), Boris (acht Monate) die Ausreise erlauben werde. „Ich weiß es nicht, wie ich es geschafft habe, diese schrecklichen neun Jahre zu überleben.“ Jede Nacht, sagt Schtscharanskis Mutter, habe sie an ihren inhaftierten Sohn denken müssen. Er habe in der Haft nur eine Möglichkeit des Protests gehabt: den Hungerstreik.

Ihren Ehemann, sagt Frau Milgrom, habe das Schicksal seines Sohnes schwer mitgenommen. Im Alter von 75 Jahren sei er am 20. Januar 1980 - Anatoli Schtscharanskis 32. Geburtstag - in einem Trolleybus an Herzschlag gestorben. Damals hätten die sowjetischen Behörden Anatoli Schtscharanskis Gesuch abgelehnt, an der Beisetzung seines Vaters teilnehmen zu dürfen. Die Familie habe von ihm aus dem Lager lediglich ein Beleidigungs-telegramm erhalten.

„Weil meine Bank mir auch das Geldanlegen abnimmt, hat die Qualität meines Restaurants noch zugenommen. Sie kann mir sämtliche Möglichkeiten der Vermögensanlage bieten. Dies, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Ich muß einfach sagen: eine Drei-Sterne-Bank.“



- Der Verbund: Volksbanken Raiffeisenbanken mit mehr als 19.000 Bankstellen, DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank, 8 regionale Zentralbanken, Baupostbank Schwäbisch Hall, DG RYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekbank, DIPA Deutsche Immobilien Fonds AG, Münchener Hypothekbank eG, R+V Versicherung, Union-Investment-Gesellschaft

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

V x Volksbanken Raiffeisenbanken

„Arbeiter-Akademie“ – ein neues Gewächs der Universität Bremen

W. WESSENDORF, Bremen
Die Bremer Sozialdemokraten haben nach langer Zeit wieder eine Ordeidee in die politische Landschaft gepflanzt: die Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen. Der Direktor der umstrittenen Weiterbildungsstätte, Hans Dieter Müller, über sein Werk: „Dies ist so etwas wie ein historischer Augenblick, vor allem im Moment, in dem Gewerkschaften und Arbeitnehmer der Wendewind ins Gesicht bläst.“

Arbeiterkammer Bremen, deren Leiter Müller ist. Der 58 Jahre alte Politiker, dem linken Spektrum der SPD zugeordnet, gilt als Vater der Idee, den Arbeitern einen Zugang zu wissenschaftlichen Grundlagen und Formensprache zu ermöglichen – ohne Hochschulberechtigung. „Wir beginnen etwas Besonderes, das hoffentlich bundesweit Beachtung finden wird“, frohlockte der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Horst-Werner Franke (SPD). „Darauf setzt diese Universität neue Maßstäbe.“

Der Arbeitsrechtler Wolfgang Dähler, Ehemann der SPD-Bundestagsabgeordneten Hertha Dähler-Gmelin, war über die hohe Beteiligung am ersten Seminar erstaunt. Denn rund 400 fanden den Weg in die Schule am Barkhof im Herzen der Hansestadt. Das traditionsreiche Gymnasium, das nach dem umstrittenen Schulplan des Senatsors schrumpft, wird künftig Zentrale der Akademie. Dähler, bekannt durch seine populären Beiträge bei Radio Bremen, sonorierte: „Ich hatte nur mit 30 bis 40 gerechnet.“

Rektor um Ruf besorgt

Auch der Rektor der Universität, Jürgen Timm, sorgt sich um den Ruf der Alma mater und wiegelt ab: „Das Herrschaftswissen soll zwar der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, aber wissenschaftliche Kriterien müssen dabei Vorrang vor politischen Interessen haben.“ Er schlug vor, den Austausch von Erfahrungen mit entsprechenden jahrhundertalten Bildungseinrichtungen für Arbeitnehmer in Oxford und London zu suchen.

Verwertbarkeit unklar

„Der Besuch der Akademie ist für alle Arbeitnehmer offen“, heißt es im Programm für das erste Halbjahr 1986. Müller, mit Blick auf den Herbst: „Bekommen wir mehr als 30 Anmeldungen, müssen wir möglicherweise eine Auswahl anhand des Lebenslaufes nach der Weiterbildungsmotivation treffen.“ Allen Kursteilnehmern soll eine Bescheinigung ausgestellt werden, über deren Verwertbarkeit sich die Gewerkschaftsvertreter aber noch nicht einig sind.

Dem paritätischen Vorstand der Akademie gehören für die Universität der Rektor und zwei weitere Hochschullehrer an, drei Vertreter sprechen für die Arbeiterkammer und Gewerkschaften, sieben Dozenten stellen wurden eingerichtet, mitarbeiten sollen Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität und Praktiker aus den Betrieben und Gewerkschaften. Die Ausgaben für die Sachmittel allein betragen jährlich 64 000 Mark.



Ludolf Herrmann gestorben

Der Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins „Capital“, Ludolf Herrmann, ist in der Nacht zum Dienstag im Alter von 49 Jahren in Bonn gestorben. Herrmann wurde am 17. September 1936 in Hirschberg im Riesengebirge geboren. Nach seinem Studium der Theologie, Philosophie und Germanistik in Bonn wurde er freier Journalist. Der engagierte Katholik begann 1968 seine Laufbahn als enger Mitarbeiter des damaligen CDU-Generalsekretärs Bruno Heck. 1972 wurde er Ressortleiter für Politik des Wochenblatts „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“. 1973 trat er in die Chefredaktion ein.

Bischof pocht auf Rechte der Christen in der „DDR“

Schönherr erinnert an Verfassungsrang der Religionsfreiheit

epd, Berlin
Mehr Toleranz gegenüber den christlichen Bürgern in der „DDR“, hat der frühere Ostberliner evangelische Bischof Albrecht Schönherr am vergangenen Montag auf einer Veranstaltung der „DDR“-CDU in Ost-Berlin gefordert. Wie Schönherr in einem Vortrag vor Funktionären der Partei sowie kirchlichen Gästen erklärte, habe es im „DDR“-Bildungssektor noch immer den Anschein, „als ob die Erziehung zu sozialistischen Bürgern eine Absage an den christlichen Glauben einschließt.“

Koalition legt Loewe Rückzug nahe

hrk, Berlin
SFB-Intendant Lothar Loewe soll auf „honorige Weise“ ermöglicht werden, sich aus seiner – auch aus der Sicht der CDU/FDP-Koalition unklar gewordenen – Position zurückziehen. Er erhielt am Wochenende aus Kreisen der Senatsoption den eindeutigen Hinweis, daß der Trend im Rundfunk gegen ihn laufe und allenfalls zu stoppen, „aber nicht mehr zu stoppen“ sei. Morgen steht ein formeller Abwahltrag gegen Loewe auf einer Sonder Sitzung des Rundfunkrates.

Fälschungssicheres Kfz-Kennzeichen

AP, Karlsruhe
Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises befürwortet. Er sprach sich ferner dafür aus, diesem möglichst bald auch ein fälschungssicheres Kraftfahrzeugkennzeichen folgen zu lassen. Dafür bestehe im Interesse der Bekämpfung der Schwermertat ein dringendes Bedürfnis. Personalkontrollen versprechen nur dann Erfolg, wenn die Daten gespeichert und mit anderen Daten verglichen werden könnten. Rebmann verwies darauf, daß die Polizei dazu nur befugt sein werde, wenn „Gefahr in Verzug“ sei.

Antes aus der CDU ausgetreten

dpa, Berlin
Der frühere Charlottenburger Stadtstadtrat Wolfgang Antes ist „auf eigenen Wunsch“ aus der CDU ausgetreten. Seit November 1985 befindet sich Antes im Zusammenhang mit der Berliner Bestechungs- und Parteispenderaffäre wegen des Verdachts der Bestechlichkeit in Untersuchungshaft.

Vier Prozent mehr Geld für Beamte

dpa, Bonn
Nach dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst erhalten dieses Jahr die rund 4,6 Millionen Beamten in der Bundesrepublik Deutschland zwischen neun und zehn Milliarden Mark mehr als 1985. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, das entspricht einer zusammengefaßten Tarif- und Besoldungserhöhung „um die vier“ Prozent auf der Basis von 244 Milliarden Mark Personalkosten des Vorjahres für Bund, Länder, Gemeinden, Post und Bahn. Bundesinnenminister Zimmermann garantierte damit den Gleichklang der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst.

Aus für „Geomar“?

mj, Hannover
Ein in Bundesregie geführtes Groß-Forschungsinstitut für marine Geowissenschaften („Geomar“), wie es die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ursprünglich vorgeschlagen hat und wie es um einen möglichen Standort weiterverhandelt wird, ist in der Zeit nicht mehr. Statt dessen bevorzugt Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) eine „optimale Nutzung der hiesigen vorhandenen Kapazitäten“, die allerdings ohne weiteren Zeitverlust zu einem leistungsfähigen Verbund über Instituts- und Ländergrenzen hinweg zusammengeführt werden müßten.

Riesenhuber setzt auf Verbund von Forschungsinstituten

Riesenhuber, dessen Ministerium sich aus dem Norden vor einiger Zeit noch „Unterentwicklung des maritimen Bewußtseins“ nachsagen lassen mußte, bekräftigte gestern in Hannover das Interesse des Bundes an ent-

Das Nein zu einer „Geomar“-Neugründung

Das Nein zu einer „Geomar“-Neugründung erklärte der Forschungsminister vorrangig mit Kosten-Nutzen-Abwägungen. Ferner sei Sorge zu tragen, daß durch das Gewicht eines solchen Großinstituts nicht „die hochqualifizierten Wissenschaftler an bestehenden Forschungsstätten in Zweitklassigkeit gedrängt“ würden. Halblauf ließ Riesenhuber erkennen, daß er mit seiner Entscheidung zugleich den Konkurrenzstreit der norddeutschen Länder und deren „Beharren auf ihren Beständen“ aus dem Wege geht.

taschenbuch magazin

Heft 1/86 des „taschenbuch magazins“ ist erschienen – mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage, auf 84 Seiten, mit mehr als 300 Abbildungen, durchgehend vierfarbig gedruckt. Kostenlos bei Ihrem Buchhändler oder anfordern bei:

Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund.

Kostenlos im Buchhandel!

Gebraucht-Computer

- Ab- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Erstattung sehr preisgünstig
- Alt-Schreib-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.

LABIB GMBH, Tel. 0 57 41 / 80 10
Postf. 12 40, 4890 Lübeck 1

RPG Software bekommen Sie bei

ORBA
SOFTWARE GMBH
Vorderstraße 59, 225 257, 2000 Hamburg 6

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Repräsentative Villa bei Süssedorf mit ca. 800 qm Wohnfläche für herrschaftliche Ausstattung. Zuschritten unter L 6176 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Zu verkaufen, ev. zu vermieten in Davos (5 Min. von Lugano) CH

4 Reichen-Einam.-Häuser 5 1/2 Zimmer Luxusinterior Ausbau, schlüsselfertig, unverbaubare Aussicht. Unverändliche Auskluft und Besichtigung 00 41 91 / 46 77 87 - 9 91 / 46 76 91

Liquiditätssicherung

durch:
- Forderungseinzug
- Zinsgünstige Finanzierung (langfr.)
Sichern Sie Ihre Liquidität nachhaltig.
Wege hierzu durch:
U.B.S. GmbH, Büro Bleisfeld
Declust. 37 b, 48 Bleisfeld
Tel.: 05 21 / 87 03 81

Einfamilienhaus

Regierungsviertel Bonn, Grundstückgröße 1300 m², weiterhin bebauungsfähig, zu verkaufen. Kaufpreis DM 950 000,-
Antr. u. Tel.: 02 28 / 65 70 21

48-WE-Miethaus

Raum Aachen (Herzogstr.), 2002 m² Wohnfläche, von Privat zu verkaufen. VB 2,8 Mill. kein Makler. Zuschr. erh. u. B 732 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Düsseldorf Stadtkern

Miethaus, 1971, Klinkerfassade, Orientierung, 3 Etagen (Gardie), 1- und 2-Zimmer-Wohnungen, Bad, Balkon, Loggia, Ein- u. 2-Zimmer-Wohnung, teilweise überd. jährliche Mietminderungen mit ca. 0,8 bis 1,2 %, Kaufpreis ca. DM 1 298 000,-, Belastung ca. DM 470 000,-, Zuzahlung ca. DM 650 000,-. Im Alleinvertreter. HUBERTUS Grundbesitzvermittlung
Tel. 0 21 2 / 3 18 91 / 82

Vertriebs-GmbH ohne Verbindlichkeiten

immer bei Vorhandensein, zu verkaufen. Zuschr. u. P 8731 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Wohnen Sie in
Niedersachsen oder Schleswig-Holstein?

Wollen Sie in der Großen Kombination DIE WELT/WELT am SONNTAG Immobilien- oder Kapitalien-Anzeigen veröffentlichen? Dann wenden Sie sich bitte an:

Wilfried Tophorn
Kaiser-Wilhelm-Straße 6
2000 Hamburg 36
Tel. (040) 347 - 42 15
FS 2-17 001 777 asd

Könnten Sie ihn heute im Konzertsaal hören?

Hätte Max Planck* heute vielleicht der Physik den Rücken gekehrt und sich seiner zweiten Begabung zugewandt: der Musik? Der Nobelpreisträger für Physik des Jahres 1918, der schon mit 27 Jahren Professor war, mit 42 die Grundlagen der Quantenphysik entwickelte, die Albert Einstein dann verallgemeinerte und die Niels Bohr auf den Aufbau des Atoms anwandte, war lange im Zweifel, ob er Physiker werden sollte. Der Physiker Philipp von Jolly hatte sogar abgeraten. Seine Begründung: in der theoretischen Physik sei fast alles geklärt.

Hätte Max Planck* heute vielleicht der Physik den Rücken gekehrt und sich seiner zweiten Begabung zugewandt: der Musik? Der Nobelpreisträger für Physik des Jahres 1918, der schon mit 27 Jahren Professor war, mit 42 die Grundlagen der Quantenphysik entwickelte, die Albert Einstein dann verallgemeinerte und die Niels Bohr auf den Aufbau des Atoms anwandte, war lange im Zweifel, ob er Physiker werden sollte. Der Physiker Philipp von Jolly hatte sogar abgeraten. Seine Begründung: in der theoretischen Physik sei fast alles geklärt.

Helfen Sie uns dabei! Denken Sie daran: jeder begabte junge Wissenschaftler, der heute die Hochschulen verlassen muß, kann ein Solch verlorenes Zukunft für uns sein. Jede Spende hilft, Zukunft für uns alle zu gewinnen.

Initiative STIFTUNGSPROFESSUREN des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft
Brucker Holt 56-60 • 4300 Essen I • Telefon 02 01/71 10 51

Spendenkonto:
Deutsche Bank Essen 247 1902 (BLZ 360 700 50)
Dresdner Bank Essen 4 054 933 (BLZ 360 800 80)
Commerzbank Essen 1502 038 00 (BLZ 360 400 39)
Sparkasse Essen 281 360 (BLZ 360 501 05)
Postgrosbank Essen 700 05-433 (BLZ 360 100 43)

Zuwendungen an den Stifterverband zur Förderung der Wissenschaft sind erhöht spendenabzugsfähig.

An den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. Bitte ankreuzen:
 Ich möchte mich an der Initiative „Stiftungsprofessuren“ beteiligen. Bitte schicken Sie mir mehr Informationen darüber.
 Ich möchte mehr wissen über die Arbeit des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Name _____
Straße _____
PLZ, Ort _____

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer & Dr. Herbert Kreympf
Chefredakteur: Peter Gülden und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Christian Zech

Redaktion: Bonn, Lorenzstraße 1
Telefon: 0 22 81 22 11, 22 12, 22 13, 22 14, 22 15, 22 16, 22 17, 22 18, 22 19, 22 20, 22 21, 22 22, 22 23, 22 24, 22 25, 22 26, 22 27, 22 28, 22 29, 22 30, 22 31, 22 32, 22 33, 22 34, 22 35, 22 36, 22 37, 22 38, 22 39, 22 40, 22 41, 22 42, 22 43, 22 44, 22 45, 22 46, 22 47, 22 48, 22 49, 22 50, 22 51, 22 52, 22 53, 22 54, 22 55, 22 56, 22 57, 22 58, 22 59, 22 60, 22 61, 22 62, 22 63, 22 64, 22 65, 22 66, 22 67, 22 68, 22 69, 22 70, 22 71, 22 72, 22 73, 22 74, 22 75, 22 76, 22 77, 22 78, 22 79, 22 80, 22 81, 22 82, 22 83, 22 84, 22 85, 22 86, 22 87, 22 88, 22 89, 22 90, 22 91, 22 92, 22 93, 22 94, 22 95, 22 96, 22 97, 22 98, 22 99, 22 00

WIR STELLEN AUS

Der Manager unter den Stresssituationen. Zukunftsweisend im Design. Hauptgestalt aus edlen Materialien.

Das Modell unter dem Stresssituationen. Zukunftsweisend im Design. Hauptgestalt aus edlen Materialien.

Professionell überzeugt

DAUPHIN
enthalten Sie beim guten Preis-Leistungs-Verhältnis

BM 1350-14 % Kratz. 189-14 % Kratz. 189-14 % Kratz. 189-

DAUPHIN Büro- und Geschäftsmöbel GmbH & Co. Exportstr. 29 - D-9000 Offenburg 1, Nürnberg
Telefon 09153-178 - Telex 62413

Handwritten signature and date: 12.11.1986

Südafrika: Mit vielen kleinen Schritten baut die Regierung die Apartheid ab

Eine Zwischenbilanz der Reformgesetze / Rückwirkungen auf die politischen Parteien

M. GERMANI, Johannesburg
Die südafrikanische Regierung hat gestern angekündigt, die Gesetze aufzuheben, die eine Rassentrennung für Bars, Spirituosenläden und Restaurants vorschreiben. Bereits am 31. Januar war die zweite Sitzungsperiode der gemischten Parlamente Südafrikas mit der Ankündigung neuer Reformen auch mit Bezug auf eine totale Abschaffung der Apartheid eröffnet worden. Demzufolge sollen ab dem 1. Juli die Paßgesetze abgeschafft und der kontrollierte Zuzug von Schwarzen in die städtischen Gebiete durch eine neue Regelung ersetzt werden.

Wichtigste Ankündigung in Kapstadt war jedoch die geplante Bildung eines Verfassungsrates, an dem Mitglieder der Regierung, Vertreter der schwarzen Nationalstaaten sowie Führer anderer schwarzer Gemeinschaften und Interessengruppen teilnehmen sollen. Mit der bedingten Bereitschaft zu einer Mitarbeit des Chefministers des bevölkerungsreichsten schwarzen Gebietes, Mangosotho Buthelesi von Zululand, der demnächst die Bundesrepublik besuchen wird und als einer der angesehensten und gemäßigten Führer gilt, dürfte dieser Plan eine Chance zur Verwirklichung haben. Wieweit andere, radikale Gruppen wie UDF oder ANC, aber auch gewählte oder selbsternannte Führer teilnehmen werden, ist bisher unklar. Die Regierung hat in Kapstadt jedoch unmissverständlich zu verstehen gegeben, daß eine Beteiligung des ANC nur unter der Bedingung einer Absage an die Gewalt akzeptabel sei.

Daß Südafrika sich von seinem Konzept der Apartheid, der Rassentrennung, endlich trennen muß, ist unbestreitbar. Das hat wohl auch die Regierung Botha mehrheitlich erkannt. Die Frage ist nur, wie und wann wieviel. So schreibt der Abgeordnete Harry Schwarz, der dem rechten Flügel der oppositionellen Fortschrittspartei zugeordnet wird, wärend: „Änderungen auf Grund eines Umdenkprozesses und einer Annäherung an das Zusammenleben bringen Stabilität. Veränderungen, die durch Druck entstehen, erzeugen Gegendruck. Es gibt zwei Formen von Verhandlungen. Eine Machtübergabe, die für die Mehrheit der Weißen nicht akzeptabel ist, oder die Entfaltung einer Verfassung, in der Machtteilung und Garantien für die Menschenrechte enthalten sind.“ Über

diese Fragen streiten sich Mitglieder der Regierung und Abgeordnete der Regierungspartei. Fraktionen bilden sich.
Zu den Gesetzen, die nach Ansicht der Apartheidgegner so bald wie möglich abgeschafft werden müssen, gehören die Bestimmungen über getrennte Wohngebiete, getrennte Schulen, Krankenhäuser, Transportsysteme, sowie die Gesetze, die politische Parteien nur innerhalb einer Rassengruppe vorsehen. Das entspricht der sozialen Dynamik des Reformprozesses. Denn nach der vor fast einem Jahr erfolgten Abschaffung des Gesetzes über gemischte Ehe- und Liebesbeziehungen sind die



Zurückgepfiffen: Außenminister Rieel Botha. FOTO: POLY-RESS

Forderungen nach gemeinsamen Wohngebieten nur logisch. Bisher war gemischten Paaren das Zusammenleben in weißen Wohngebieten verweigert worden. Sie konnten nur in schwarzen, farbigen oder indischen Vierteln wohnen. Hier ist, wie bei allen anderen Gesetzen, die Regierung in einem Dilemma: Viele ihrer Wähler fordern die Erhaltung eigener weißer Wohnbezirke. Gerade in den unteren weißen Bevölkerungsschichten liegt die Toleranzschwelle im täglichen Zusammenleben ziemlich niedrig.

Daß in der Zwischenzeit Inder in die weißen Nobelvororte von Johannesburg, wie Parktown oder Houghton, über Strohmänner, die diese Häuser für sie erwerben, vordringen,

ist seit langem bekannt. Es handelt sich hier um Wohngebiete, in denen die Fortschrittspartei gut vertreten ist. Kompromisse sind inzwischen von der südafrikanischen Eisenbahn eingeführt worden, es gibt für alle Rassen offene Abteile, aber auch Abteile, die nur für Weiße reserviert sind. Kapstadt, die Wiege der südafrikanischen Mischlinge, ist toleranter als andere Städte. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe kennen schon lange den „gemischten“ Transport.

Welche Änderungen noch bevorstehen, ist derzeit unbekannt, doch gibt es ein „offenes Konzept“, das zum Beispiel vom Führer der Nationalen Volkspartei im indischen Delegierten-Haus, Amichand Rajwansi, begrüßt wird. Die Rede Präsident Bothas war von Rajwansi Anhängern gut aufgenommen worden. „Sie hat Respekt für die Grundlinien der Reformpolitik erzeugt“, sagt er. Er hält eine Mitarbeit an diesen Reformen für wünschenswert.

Doch das „offene Konzept“ wird von der ebenfalls oppositionellen Konservativen Partei als planlos verworfen. Es handle sich um leere Phrasen, die die Führungslosigkeit der regierenden Nationalen Partei (NP) verdeutlichen sollen. Es drücke die Hilflosigkeit dieser Partei aus, die Stimmung innerhalb der eigenen Wählerschaft zu testen. Das führe gelegentlich zu halbherzigen Auseinandersetzungen.

Offenbar wurde der jüngste Zwist durch die Aussage von Erziehungsminister Willem de Klerk, gemischtrassige staatliche Schulen seien nicht geplant, ausgelöst. Denn Außenminister Pik Botha hatte fast gleichzeitig erklärt, er könne sich sehr wohl eine südafrikanische Regierung unter einem schwarzen Präsidenten vorstellen. Beide Minister vertreten die entgegengesetzten Flügel innerhalb der Nationalen Partei. Außenminister Botha, dessen Flügel etwa ein Viertel der NP-Abgeordneten stellt, wurde mit scharfen Worten von seinem Präsidenten zurechtgewiesen - offensichtlich auf Wunsch des rechten Transvaalflügels, dessen Vorsitzender de Klerk ist.

Welche Folgen jedoch der unerwartete Rücktritt des Oppositionsführers van Zyl Slabbert hat, bleibt noch abzuwarten. Bisher hatte dieser einigen Einfluß auf die Progressive Partei ausgeübt, die ebenfalls einen linken, eher radikalen Flügel und einen der Nationalen Partei nahestehenden hat.

Pariser Polizei läßt Terroristen entkommen

DW. Paris

Der französischen Polizei sind in den letzten Tagen offenbar mehrere gefährliche Terroristen entkommen, die möglicherweise einige der sechs Attentate in der vergangenen Woche verübten. Die Polizei hatte am vergangenen Wochenende auf dem Flughafen Orly und in einem kleinen Pariser Hotel sieben Syrer und Libanesen festgenommen. Mangels Beweisen mußte sie jedoch vier wieder freilassen.

Ebenfalls am Wochenende hatten Polizeistreifen im Stadtviertel Saint-Germain einen roten Opel GSI mit Offener Nummer 735 gestellt, dessen zwei Insassen jedoch zu Fuß flüchten konnten. In einem Aktenköfferchen in dem Opel fand die Polizei Papiere, die in der Bundesrepublik ausgestellt waren. Das BKA in Wiesbaden teilte inzwischen mit, daß der Opel in Neulandheim ordnungsgemäß gekauft und in Offenbach zugelassen wurde. Die französische Polizei stellt einen Zusammenhang zwischen dem Opel und dem ebenfalls in Offenbach zugelassenen BMW her, der vor kurzem in Frankfurt an einem Anschlag beteiligt war und dessen Insassen zwei Araber waren.

Die Gruppe von Syrern und Libanesen hatte, wie die Schweizer Geheimdienste festgestellt hatten, von Paris mit Arabern in der Schweiz telefoniert. Einer der Verhafteten war, wie Zeugnisaussagen mit Sicherheit ergaben, am Tag vor dem Anschlag in der Buchhandlung Gibert-Jeune. Vier der Libanesen und Syrer wurden in Orly festgenommen, als sie gerade nach Libyen abfliegen wollten. Die Pariser Polizei und die Abwehr sind überzeugt, daß alle die Personen, mit denen sie in den letzten Tagen zu tun hatten, zu der Terroristenorganisation von Abu Nidal gehören. Die italienische Abwehr hat jetzt Unterlagen nach Paris geschickt, aus denen hervorgeht, daß der inhaftierte Terrorist Abdallah, den die Attentäter befreien wollten, ein enger Mitarbeiter von Abu Nidal ist. (SAD)

DIE WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 35,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

WELT-Serie (Schluß)

Duvaliers Schicksal spiegelt Amerikas Kurskorrektur in Lateinamerika wider

VON WERNER THOMAS

Als die Haiti-Krise immer heißer kochte, sagte US-Außenminister George Shultz in dem Fernsehprogramm „Good Morning America“: „Das fundamentale Problem ist diese enorme Armut.“ Die einzige Möglichkeit, diese Situation zu verbessern, sei „ein demokratischer Prozeß“.

Jean-Claude Duvalier verstand das Signal: Die USA haben ihm den Teppich unter den Füßen weggezogen, es bestanden keine Hoffnungen mehr auf ein Arrangement mit der Reagan-Regierung. Der „Präsident auf Lebenszeit“ beschloß, ein Pensionär auf Lebenszeit zu werden.

Das Schicksal Duvaliers war der bisher dramatischste Beweis für eine strategische Kurskorrektur der Reagan-Regierung in der explosiven lateinamerikanischen Region: Sie distanziert sich von rechten Diktatoren und stützt die demokratische Mitte, Männer wie die mittelamerikanischen Christdemokraten José Napoleón Duarte (El Salvador) und Vinicio Cerezo (Guatemala), die soziale Reformen für notwendig halten.

Selbst Marxisten betonen diesen Umdenkungsprozeß. „Die Vereinigten Staaten mußten einsehen, daß die Somozas und Pinochets nicht mehr ihren Interessen dienen“, sagte der chilenische Kommunistenführer Volodia Teitelboim dieser Tage der WELT in Havanna.

Nicaragua dient als abschreckendes Beispiel. „Somoza wurde zu lange von dem Amerikanern unterstützt“, erklärte der antisandinistische Politiker Alfonso Robelo einmal die Machtübernahme der marxistischen Sandinisten. „Je länger Somoza regierte, desto mehr radikalisierte sich die Oppositionsbewegung. Am Ende fiel den Comandantes dieses Land wie ein reifer Apfel in die Hände.“

Chiles Christdemokraten hatten bisher die USA vor einer Wiederholung der nicaraguanischen Fehler gewarnt, heute nicht mehr. Seit der junge State-Department-Beamte Elliott Abrams (35) die Lateinamerika-Abteilung leitet, setzt sich die Regierung in Washington von der Militärregierung Pinochet ab.

Während viele politische Beobachter in Santiago die Ansicht vertreten, daß der General nach Ablauf seiner gegenwärtigen Amtsperiode 1989 eine weitere achtjährige Amtsperiode anstrebt, äußert Abrams öffentlich

den Wunsch, auch Chile möge sich der Demokratisierungswelle in Lateinamerika anschließen.

Im vergangenen November schickte Washington den energischen Karriere-Diplomaten Harry Barnes nach Santiago, der sofort demonstrativ Kontakte zur Opposition knüpfte. Der christdemokratische Parteichef Gabriel Valdes: „Die amerikanische Botschaft hat ihre Position uns gegenüber um 180 Grad geändert.“ Pinochet kritisierte irritiert, Barnes verletze „das Minimum der diplomatischen Gepflogenheiten“.

Der paraguayische General Alfredo Stroessner, der andere noch verblieb



Mit ihm begann das Umdenken: Elliott Abrams. FOTO: DPA

bene Diktator in Südamerika, spürte ebenfalls den Druck aus Washington. US-Botschafter Clyde Taylor kehrt immer häufiger in Oppositionskreisen. Obgleich sich die Regierung „diese fremden Einnischungen“ verbat, verfolgt Taylor weiterhin solche Aktivitäten. Stroessner beherrscht diese Nation seit 32 Jahren. Er wünscht sich seinen Sohn Gustavo (43), einen Oberstleutnant der Luftwaffe, zum Nachfolger.

Duvalier war allerdings in einer schwächeren Position gegenüber den USA als Pinochet und Stroessner. Die ärmste Nation der westlichen Hemisphäre konnte ohne die amerikanische Wirtschaftshilfe nicht existieren - zuletzt 52 Millionen Dollar.

Seine ersten Probleme mit der

Reagan-Regierung hatten bereits im vergangenen Sommer begonnen, als er ein Referendum über eine Verfassungsänderung durchführen ließ, das seinen Anspruch auf eine Lebenszeit-Präsidentschaft vom Volk absegnen sollte. Angehlich wurden damals 99,98 Prozent Ja-Stimmen gezählt.

Die Vertreter der US-Botschaft reagierten konsterniert. Die „New York Times“ und die „Washington Post“ veröffentlichten sarkastische Kommentare. Als Ende November eine Demonstrationswelle aufflammte, setzte sich in Washington die Meinung durch, daß Duvalier gehen müsse.

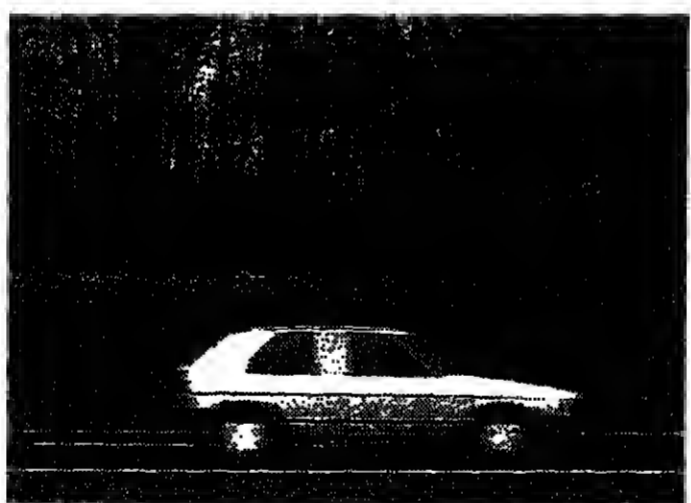
Die Reagan-Regierung hielt schließlich einen Teil der neuen Wirtschaftshilfe zurück. US-Botschafter Clayton McManaway informierte die Hierarchie der Streitkräfte über die Einschätzung der Lage in der amerikanischen Hauptstadt.

In Port-au-Prince kursieren unterschiedliche Berichte über die spektakuläre Falschmeldung des Reagan-Sprechers Larry Speakes am 31. Januar, Duvalier sei zurückgetreten und geflohen.

Die amerikanische Botschaft demontiert Vermutungen, sie habe bereits zu diesem Zeitpunkt seine Flucht geplant. Die peinliche Speakes-Erklärung wurde auf eine Kommunikationspanne zurückgeführt. Drei Tage später folgte dann die unmissverständliche Shultz-Erklärung.

Die haitianische Hauptstadt wirkte am Montag zum ersten Mal seit dem Regierungswechsel relativ ruhig. Es fielen nur wenige Schüsse. Es gab keine Plünderungen mehr. Die mörderischen Racheakte an Mitgliedern der „Tontons Macoutes“ (Freiwillige für die nationale Sicherheit) haben aufgehört. Die Geschäfte waren wieder geöffnet. Der Verkehr im Zentrum wirkte chaotisch wie immer. Die neue Regierung ließ das Ausgangsverbot von 22 Uhr bis fünf Uhr verkürzen.

Generalleutnant Henry Namphy, der Chef des sechs Mitglieder umfassenden Regierungsrates, der einen überraschend souveränen Eindruck hinterließ, versicherte in einer zweiten Ansprache an die Nation: „Wir werden eine echte Demokratie schaffen. Die Freiheit muß leuchten in diesem Land.“ Als Namphy diese Rede hielt, defilierten Demonstranten am Nationalpalast vorbei. Sie skandierten: „Es lebe das neue Haiti.“



Die Benzineinspritzung holt mehr aus dem Motor und weniger aus dem Tank.

Mit der elektronischen Benzineinspritzung und der elektronischen Kennfeldzündung von Bosch nutzt der Motor die im Kraftstoff enthaltene Energie besser aus. Er leistet mehr und verbraucht weniger.

Daß der Motor besser arbeitet, zeigt sich nicht nur bei Höchstleistung, sondern schon, wenn das Auto noch steht. Der Motor springt leichter an. Selbst wenn er kalt ist, läuft er sofort

rund - auch im Leerlauf. Er reagiert ohne Verzögerung auf alle Lastwechsel und beschleunigt zügig.

Denn die Elektronik erfaßt und verarbeitet alle Daten, die für die jeweils optimale Einspritzmenge und den Zündzeitpunkt wichtig sind. Deshalb wird ein größerer Teil des Kraftstoffs in Leistung umgesetzt.

Eine Klopfregelung verstellt den Zündzeitpunkt bis an die Klopfgrenze,

ohne daß der Motor Schaden nimmt. Dadurch wird der Kraftstoff stets optimal ausgenutzt.

Da der Motor aus weniger Benzin mehr Leistung gewinnt, fahren Sie nicht nur zügiger und sparsamer, sondern auch umweltfreundlicher.



BOSCH

Handwritten signature or mark.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die tatsächliche Praxis

„Die Hand jederzeit offen, den Fuß zum Tritt bereit“; WELT vom 3. Februar

Sehr geehrter Herr Ströhm,
spontan nach dem Lesen Ihres Artikels möchte ich Ihnen meine Anerkennung aussprechen, daß Sie den Mut hatten, die tatsächliche Praxis der bundesrepublikanisch-polnischen Beziehungen ohne die heute üblichen Beschönigungen und nie endende Schuldkomplexe aufzuzeigen. Zu den Anmaßungen der kommunistischen Staatsführung Polens gehört auch das Theater um die Sondermarkte der Deutschen Bundespost „40 Jahre Eingliederung der Vertriebenen“, während die polnische Post gleichzeitig die 40jährige „Rückkehr urpolnischer Gebiete“ feiert und dabei die rein deutschen Ostgebiete meint.

Mit Recht fragen Sie, wie unter den Prämissen, die Sie geschildert haben, ein vernünftiger deutsch-polnischer

Dialog zustande kommen kann. Doch sicher nicht durch weitere Selbsterniedrigungen der Deutschen, durch Aufgabe von Recht und Wahrheit und auch nicht durch weitere Geldgeschenke! Es haben doch gerade die Vertriebenen schon vor 35 Jahren den möglichen Weg zur Völkerverständigung gewiesen, als sie jeder Gewalt und einem ihnen immer wieder unterstellten Revanchismus abschworen.

Es ist bedrückend, daß die bundesrepublikanischen Politiker nicht erkennen, daß jede weitere demütigende Unterwürigkeit und finanzielle Leistung nur die Anmaßungen des polnischen Staates vergrößern und nicht zum Ziele der ersehnten Verständigung führen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ing. Dr. Ing. E. h. Werner Lindner
Mechernich/Eifel

Beteiligung

„Spartakoa neu belebt“; WELT vom 2. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,
Heinz Heck hat offenbar vergessen, daß der eigentliche Durchbruch bei der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ganz unbestreitbar erst aufgrund des 3. Vermögensbildungsgesetzes gelungen ist. Dieses Gesetz wurde von Arbeitsminister Walter Arendt (SPD) eingebracht und während der sozial-liberalen Koalition beschlossen. Recht hat Heck allerdings, wenn er schreibt, daß Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand noch immer die Ausnahme ist.

Alle Anläufe der SPD, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch überbetriebliche Beteiligungsformen auszubauen, sind in der sozial-liberalen Koalition am Widerstand der FDP gescheitert. Solange es solche Beteiligungsmöglichkeiten nicht gibt, werden entsprechende Tarifverträge die Ausnahme bleiben.

Wenn Heck sich gegen die von der SPD seit langem gewollten Tarifverträge wendet, so muß darauf hingewiesen werden, daß solche Tarifverträge - wenigstens im Prinzip - neuerdings auch von der konservativ-liberalen Bundesregierung als eine Form außerbetrieblicher Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital akzeptiert sind. In der Begründung des Regierungsentwurfes eines Unternehmensbeteiligungsgesetzes wird ausdrücklich festgestellt, daß auf dem Weg über Tarifverträge und gemeinsame Einrichtungen i. S. d. Tarifvertragsgesetzes Kapitalsammelstellen in Form von UBGs gebildet werden können, deren Aktien den Arbeitnehmern zu überlassen sind.

Aus seiner Sicht verständlich wehrt sich Graf Lambsdorff und die FDP-Fraktion auch dagegen - insoweit in Kontinuität mit der Haltung, an der alle Versuche der SPD-geführten Regierungen, Fortschritte bei der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu erzielen, leider gescheitert sind.

In der Koalitionsvereinbarung vom 23. 1. 1986 wurde kein wichtiges Problem der Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer gelöst. Dies gilt vor allem für die Bewertungsprobleme bei Beteiligungs-Sondervermögen, die nunmehr offenbar auch der Bundesregierung als außerbetriebliche Beteiligungsformen vor-schweben.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Gunter Huonker, MdB, SPD

Nur Zuschlag

„Vogel spricht von Schaden für Berlin“; WELT vom 29. Januar

Als die Diäten vor Jahren erhöht wurden, wurde das Argument der „Unbestechlichkeit“ hochgespielt. Heute ist diese Höhe nur noch ein Reizpunkt für „Halbpolitiker“, die die Zeit haben, durch die Instanzen der Partei zu Ruhm und Ansehen zu kommen. Dieser Personenkreis ist mit Summen jenseits von 50 000 Mark sehr leicht zu beeinflussen.

Da dies scheinbar nicht auszureichen ist, muß die Qualität der Politiker geändert werden. Dies ist leicht dadurch zu schaffen, daß die Bezüge sich nach dem letzten Einkommen zu richten haben, wobei nur ein Zuschlag für einen besonderen Schreibaufwand zu zahlen ist. Sofort würde sich hier die Spreu von Weizen trennen, und nur der Würde in der Politik Eingang finden, der aus Leidenschaft Politik macht.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 51

Datenschutz

Bei der Debatte um den Datenschutz im Zusammenhang mit den Sicherheitsorganen der Bundesrepublik wird sich der Bürger fragen, was für Vor- und Nachteile der Datenschutz ihm bringt. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß jede unbefugte Veröffentlichung von Daten gesetzlich geahndet wird.

Jeder korrekte Einwohner unseres Landes kann doch nichts dagegen haben, wenn bei dem geringsten Verdacht, gegen Gesetze oder Verordnungen verstoßen zu haben, die zuständigen Behörden Einblick in die Daten der betreffenden Person nehmen, um so schnell wie möglich den Sachverhalt aufzuklären.

Auch gesundheitsbezogene Daten sollten zwischen den Ärzten (im Krankenhaus und in der Praxis) den kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenkassen, den Rententrägern und dem Gesundheitswesen frei austauschbar sein, da nicht nur die Ärzte, sondern auch die genannten Institutionen zum Schweigen verpflichtet sind. So könnten vermutlich Millionen infolge Vermeidung von Doppeluntersuchungen eingespart werden. Außerdem dürfte ein derartiger Datenaustausch auch zur schnelleren und sichereren Diagnose beitragen.

Wer ruft denn am lautesten nach dem Datenschutz? Es sind einige wenige Idealisten, zahlreiche Professionelle, die ihre Daseinsberechtigung unter Beweis stellen müssen, verunsicherte Bürger und ein großer Kreis von Menschen, die irgendetwas zu verbergen haben. Und dafür muß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes, die unbescholten ist, große Summen für den Datenschutz aufbringen.

Dr. Konrad Voigt,
Berlin 28

Wie heißt sie?

„Die Frau, die nicht Amtsmännlein sein will“; WELT vom 8. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Scherzfrage, „wie heißt die Frau von Herkules? - Frau Kules“, läutete schon vor Jahren das Dilemma der „Amtsmännlein“ ein. Die weiblichen Wassermänner schwanken noch zwischen „Wasserfrau“ und „Meerfrau“, aber die Kaufleute haben den Schritt zur Unabhängigkeit vom Kaufmann bereits vollzogen.

Wenn bequem sich endlich die Bürokratie dazu, nachzuziehen, um ihren Frauen nicht länger zuzumuten, „Männchen zu machen“?

Mit freundlichen Grüßen
Ludwig Hirschberg,
Hamburg 36

Personalien

EHRUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde mit Dietrich Fischer-Dieskau ein weltberühmter deutscher Sänger ausgezeichnet. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen überreichte dem Künstler im Name von Bundespräsident Richard von Weizsäcker diesen Orden in einer besonderen Zeremonie im Gästehaus des Senats von Berlin.

Ing. (grad.) Fritz Reuter, alleiniger Gesellschafter der Schmidt Reuter Ingenieurgesellschaft, ist in Würdigung seiner unternehmerischen Leistungen und in Anerkennung der Verdienste, die er sich um den Berufsstand der freiberuflichen Beratenden Ingenieure erworben hat, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden.

Michael Schanze, Sänger und Fernsehmoderator, ist von der Bruderhilfe-Akademie für Verkehrssicherheit in Kassel mit einer Goldmedaille ausgezeichnet worden. Schanze erhielt den höchsten Verkehrssicherheitspreis 1986 der Bruderhilfe für seine spielerische Verkehrserziehung in der Fernsehsendung „Telefant“. Die Silbermedaille geht an den „Club Blaues Krokodil“ in Hannover, der sich für die „psychologische Rehabilitation“ von Kraftfahrern einsetzt, die als Alkoholsünder strafrechtlich aufgefallen sind.

Dipl.-Ing. Dietrich Solaro, Mitglied des Vorstandes der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart, wird Ehrendoktor der Universität Stuttgart. Er erhält die Würde eines Dr. rer. pol. h. c. in Anerkennung seiner hervorragenden wissenschaftlichen Leistung bei der Erforschung und Weiterentwicklung von Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozessen in Großunternehmen der Industrie.

Professor Erhard Hampe hat vom Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen der Universität Hannover die Ehrendoktorwürde erhalten. Nach Angaben der Universität wurde Hampe in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet des konstruktiven Ingenieurbaus, vor allem bei der Berechnung und Konstruktion von

Schalen- und Spannbetonbauwerken, ausgezeichnet. Erhard Hampe, seit 1962 ordentlicher Professor an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, gehört zu den international kreativsten und profiliertesten Ingenieurwissenschaftlern.

Der Marburger Völkerrechtler Professor Dr. Gerhard Hoffmann ist mit dem Grad eines Ehrendoktors der Jurisprudenz von der ungarischen Janus-Pannonius-Universität in Pecs ausgezeichnet worden. Er erhielt ihn in Würdigung seiner völker- und staatsrechtlichen Arbeiten, insbesondere seiner Abhandlungen zur Staatsbürgerschaft in Deutschland, aber auch in Anerkennung seiner Verdienste um die Gestaltung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Universitäten Pecs und Marburg.

BERUFUNG

Der 45jährige Münchner evangelische Militärkaplan Ruprecht Graf zu Castell-Rödenhausen ist zum neuen Ordensdekan, dem geistlichen Leiter des Johanniterordens berufen worden. Er tritt in diesem Amt die Nachfolge des im vorigen Jahr verstorbenen Albrecht von Muffins an. Der Johanniterorden in der Bundesrepublik hat derzeit rund 2800 Mitglieder. Er ging aus einer 1812 gestifteten protestantischen preußischen Adelsgenossenschaft hervor. Der Johanniterorden ist ursprünglich eine Stiftung der Kreuzfahrer des 11. Jahrhunderts.

Der ehemalige Präsident des baden-württembergischen Landtags, Camill Wurz (CDU), ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Wurz war nach dem Krieg zunächst Rechtsanwalt in Baden-Baden und gehörte dann seit 1956 in den wichtigen Jahren, als das Land Baden-Württemberg zusammenwuchs, dem Landtag an. Schon vier Jahre später übernahm er die Leitung seiner Fraktion im Landesparlament. Die Allparteien-Koalition war zerbrochen, die CDU regierte zunächst mit der FDP und bildete dann 1966 mit der SPD eine große Koalition. 1968 wurde Wurz zum Parlamentspräsidenten gewählt und stand dem Landtag dann bis 1976 vor, als er nach 20jähriger Zugehörigkeit im Alter von 71 Jahren aus dem Parlament ausschied. Camill Wurz war Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schullerband.

Brandts Entspannungspläne

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Artikel von Willy Brandt in der WELT vom 27. Januar über „Die zweite Phase der Entspannungspolitik“ ist an die Öffentlichkeit adressiert und es ist angebracht, daß man darauf reagiert. Schon der Titel ist schwer verständlich. Soll dies ein Teil der SPD-Wahl-Plattform sein? Oder nimmt Herr Brandt an, daß die Regierung der Koalition seine Politik der „Entspannung“ in diesem Sinne fortsetzt? Eine Politik, die man eher als Kapitulationspolitik bezeichnen könnte.

Die KSZE-Akte von Helsinki schloß zwar die Achtung der Menschenrechte mit ein, nur ist es inzwischen klargeworden, daß die Sowjets sich nicht daran gehalten haben und es bestehen keine Anzeichen dafür, daß hier echte Entspannung eintreten wird.

Worin besteht also die zweite Phase dieser mißlungenen Politik, die nur zu mehr Aufrüstung geführt hat? Das wird leider nicht klargemacht. Herr Brandt will sie bewerkstelligen im Rahmen des Atlantischen Bündnisses und der EG. Nun ist es aber gewiß kein Geheimnis mehr, daß der Hauptpartner des Atlantischen Bündnisses, die USA, gerade von Herrn Brandt und seinen politischen Freunden in Sachen SDI, zum Beispiel, auf das schärfste kritisiert wird und daß

sich ganz allgemein eine Anti-Amerika-Welle gebildet hat, die das Atlantische Bündnis ernsthaft gefährdet.

Die Herren machen es den Sowjets leicht, deren nächstes Ziel zu erreichen: die Achkoppelung der Bundesrepublik vom Atlantischen Bündnis, egal wie oft sie das Fortbestehen eines solchen (als notwendiges Übel!) befürworten. Soll das der Sinn der „zweiten Phase“ sein?

Und nun stellt Herr Brandt fest, daß „die beiden Großen“ sich einigen könnten (wie, das sagt er nicht) und daß die Europäer nicht darauf warten sollten, was für sie dabei vom „Tisch der Großen“ ahfällt. Ja, ist nun das Atlantische Bündnis ein Bündnis mit den (West-)Europäern oder ist es das nicht? Hat es denn niemals Konsultationen gegeben? Westeuropa sitzt doch mit am „Tisch der Großen“! Meint er, die Sowjets werden Osteuropa aus ihrem Imperium entlassen? Und was ist es denn, was da vom „Tisch der Großen“ abfallen sollte, oder was könnten sich die Europäer holen, wenn sie sich um ihre eigenen Interessen kümmern sollten? Brosamen der Entspannung? Soll das der Sinn der „zweiten Phase“ sein?

Mit besten Grüßen
Bernhard Wagner,
Hamburg 13

Hiermit beenden wir die Diskussion.
Die Red.

Wort des Tages

„Man kann das Bewußtsein wachhalten, das im eigenen Inneren, dort, wo wir an das Nichts grenzen, der lebendige Gott steht.“

Romano Guardini,
Religionsphilosoph (1885-1968)



In zwölf Wochen verdienen unsere Sparer so viel, wie die Deutschen alle Jahre wieder für Damenschuhe ausgeben.

Durchschnittlich kauft jede Frau ca. 6 Paar Schuhe pro Jahr. Was den meisten allerdings zu wenig ist. Deshalb treten sie alle Jahre wieder in die Fußstapfen der Modepapete und gönnen sich die neuesten Kreationen der Schuhindustrie - im letzten Jahr für ca. 7,3 Mrd. DM. So viel verdienen unsere Sparer in zwölf Wochen. Denn Pfandbriefe und Kommunalobligationen bringen Tag für Tag rund 90 Mio.

DM Zinsen. Meistens die höchsten am Kapitalmarkt. Diesen Vorteil haben professionelle Anleger schon lange erkannt. Allein im letzten Jahr kauften Banken, Versicherungen und Industriefirmen für mehr als 90 Mrd. DM. Und was sich für die Profis lohnt, lohnt sich auch für Sie. Pfandbriefe und Kommunalobligationen haben aber noch mehr Vorteile, vor allem ihre verbriefte

Sicherheit. Sie dürfen nur von privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben werden. Diese Institute arbeiten nach den strengen Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes. Setzen Sie auf Sicherheit und hohe Zinsen. Pfandbriefe und Kommunalobligationen gibt's bei jeder Bank oder Sparkasse.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen

Verbriefte Sicherheit.



Die Wertpapiere der privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken.

Über 100 Lufthansa Flüge von Deutschland nach Nordamerika. Woche für Woche.



Das bietet Ihnen keine andere Fluggesellschaft: Woche für Woche fliegt Lufthansa zu 15 Zielen in USA und Kanada. Insgesamt über 100mal. Alle Flüge nonstop oder direkt: ab Frankfurt, Düsseldorf

und Hamburg. Und ab 30. 3. auch täglich ab Stuttgart direkt und ab München nonstop. Wenn Sie also demnächst den Atlantik überqueren wollen, nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-

Angebot ab Deutschland nach: Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Houston, Los Angeles, Miami, Montreal, New York, Philadelphia, San Francisco, Toronto, Vancouver.

Bei so vielen Flügen ist bestimmt auch für Sie der richtige dabei. Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.



Sie finden uns in Halle 9, Stand 56.

ten
us-
tig
en-
na-
Wir-
ng-
re-
cke-
im-
äl-
im-
ten-
sie-

see-
des
son-
er-
er-
zu-
ht-
ten-
uk-
zu-
ien-

au-
zu-
von
ten
fle-
ihn-
gte

ein
für-
das
pu-
sch-
em
In-
sn-
en-
in-
ller
ab-
wi-
die
re-
dig

Rogers hält den Europäern „Wehklagen“ vor

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Auf die schwierige Entscheidungslage, in die Westeuropa durch die Strategische Verteidigungsinitiative der USA (SDI) und die sowjetischen Vorschläge zur Abschaffung aller Atomwaffen gerät, hat der NATO-Oberbefehlshaber, General Bernard Rogers, aufmerksam gemacht. Der amerikanische Offizier erklärte gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, „daß wir in Europa uns vielleicht eine atomare Nulllösung gar nicht wünschen sollten“. Denn die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen hätte zur Folge, daß die Pershing II-Raketen und Marschflugkörper aus Europa abgezogen werden müßten, die sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 aber weiterhin Europa auch von jenseits des Urals erreichten. Gerade die westlichen Mittelstreckensysteme seien die einzigen, die die Verkopplung der europäischen mit der amerikanischen Sicherheit garantierten, da allein sie von europäischem Boden aus bis in die Sowjetunion reichen könnten.

Angesichts der Gefahr, daß für die USA und ihre europäischen NATO-Verbündeten Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen, zeigte sich Rogers „sehr enttäuscht“ darüber, daß die Westeuropäer die SDI-Forschung der USA nicht durch ein Komplementärstück für Europa ergänzen.

Von Bonn sei die Anregung gekommen, eine eigene europäische Verteidigungsinitiative mit dem Ziel zu starten, ein System zur Abwehr der sowjetischen Mittel- und Kurzstreckenraketen zu finden, die ausschließlich Europa und nicht die USA bedrohen. Den Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland hätten die europäischen Verbündeten aber nicht aufgegriffen. Stattdessen ergingen sie sich in „Wehklagen“ darüber, daß die USA allein ihr Territorium schützen wollten und Europas Sicherheit leiden würde.

Rogers machte klar, daß es bei SDI jetzt und bis auf absehbare Zeit ausschließlich um Forschung gehe. Was das Ergebnis sein werde, könne niemand mit Gewißheit voraussagen. Im übrigen habe ihm der SDI-Leiter, General Abrahamson, versichert, daß in den USA auch die „Abstimmung von SDI mit den europäischen Bedürfnissen“ untersucht werde.

General Rogers machte den Europäern ihren politischen Spielraum im Lichte der Strategischen Verteidigungsinitiative bewußt. „Sollte sich SDI als machbar und sinnvoll erweisen, dann müßten sich die Europäer entscheiden, ob auch sie ein entsprechendes System haben und selbst entwickeln wollen“, sagte Rogers. „Sie sollten sich sagen: Wir verteidigen unser hier in Europa gelegenes eigenes Land. Wenn wir dieses Abwehrsystem nicht wollen, dann müssen wir als Konsequenz zur Abschreckung und zum Gegenschlag unsere Pershing II und Marschflugkörper hier in Europa behalten. Das ist exakt die Entscheidung, vor der wir dann stehen.“

Deutsche Autoren unter dem Druck Ceausescus

Literaten kritisieren das Verhalten der Bundesregierung

AP/dpa, Berlin

Auf das Schicksal deutschsprachiger Autoren in Rumänien hat der Lyriker Rolf Bossert hingewiesen. Dem 33jährigen Bossert und seiner Familie war im Dezember 1985 die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestattet worden. Die deutschsprachigen Kollegen hätten enorme Existenzsorgen, zumal da sie als Vertreter einer sprachlichen Minderheit kaum noch Leser fänden, sagte Bossert bei einer Veranstaltung im „Berliner Literaturhaus“. „Politisch unliebsame Autoren“ müßten zudem mit Verfolgung, Berufsverbot, Arrest und monatelanger Untersuchungshaft rechnen.

Bossert war in die Bundesrepublik „entlassen“ worden, nachdem der rumänische Staatssicherheitsdienst unter anderem Manuskripte, Arbeitsunterlagen und seine gesamte Korrespondenz beschlagnahmt hatte. Der Autor zweier Lyrikbände und Kinderbücher hatte 1984 bei der rumänischen Paßbehörde um Ausreise in die Bundesrepublik nachgesucht. Kurz nachdem der Antrag angenommen worden war, verlor Bossert seinen Arbeitsplatz als Verlagslektor. Er erhielt zudem nach eigenen Angaben ein generelles Berufsverbot. Die beschlagnahmten Manuskripte wurden ihm erst zwei Tage vor seiner Ausreise in den Westen zurückgegeben. Es wurde ihm aber verboten, sie mit nach Deutschland zu nehmen. Bossert vertritt sich nicht als Dissident. Sein Ausreiseantrag basiere allein auf dem Wunsch, „ungehindert schriftstellerisch“ arbeiten zu können.

Der Lyriker verwies auch auf das Schicksal des ebenfalls deutschsprachigen Autors Johann Lippert, der Dramaturg am Deutschen Staatstheater in Temeswar sei und nur ein Molde Mark bekomme. Der Fall des Schriftstellers William Totok, der nach Beschlagnahme seiner unveröffentlichten Texte fast zehn Monate ohne Anklage in Untersuchungshaft gesessen habe, sei keine Seltenheit. In zwei anderen Fällen, in denen Schriftsteller unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen seien, weigerten sich die zuständigen Behörden, eine Autopsie anzuordnen. So sei im vergangenen Jahr der 45jährige Theaterkritiker Marius Robescu unter bislang ungeklärten Umständen gestorben.

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz warf der Bundesregierung vor, sie kümmere sich zuwenig um die Ausreiseanträge der deutschsprachigen Literaten. Es sei unverständlich, warum sich Bonn „so eigentümlich freundlich“ gegenüber Bukarest verhalte. Die Schriftstellerin sprach von einer „Barriere der diplomatischen Beziehungen“, die ihrer Meinung nach eventuelle Hilfsmaßnahmen für die rumänischen Schriftsteller von Seiten der Bundesregierung erschwere. So floriere derzeit der Wirtschaftshandel zwischen beiden Ländern. Darüberhinaus sei Nicolae Ceausescu gerade in der Bundesrepublik Deutschland einer der angesehensten Staats- und Parteichefs aus dem Lager der sozialistischen Länder.

MAD-Gesetz im Urteil von Experten: Aufgaben nur „wolkig“ formuliert

Abwehrdienst wünscht auch Beobachtung der Militärattaches und Rüstungsbetriebe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Rund dreißig Jahre hat es gedauert, bis der Militärische Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr und seine Arbeit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Als dieser Nachrichtendienst beim Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte entstand, glaubten die verantwortlichen Politiker, es genüge, seine Existenz ums Leben gekommen seien, weigerten sich die zuständigen Behörden, eine Autopsie anzuordnen. So sei im vergangenen Jahr der 45jährige Theaterkritiker Marius Robescu unter bislang ungeklärten Umständen gestorben.

Fachleute üben Kritik

Diese Ansicht hat sich im Laufe der vielen Jahre und bedingt durch die Reihe der Affären, die auch dem MAD wie anderen Nachrichtendiensten nicht erspart blieb, gewandelt. Heute gehört zum Entwurfspaket der „Sicherheitsgesetze“ auch ein MAD-Gesetz, das aber, kaum, daß es bekannt wurde, in Fachkreisen wegen seiner offenkundigen Mängel bereits scharfer Kritik unterzogen wird.

Hervorstechend an dieser Kritik ist der Hinweis auf die im Entwurf „wolkig“ formulierten Aufgaben des MAD. Es heißt darin, er nehme zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte „Aufgaben wahr, die denen einer Verfassungsschutzbehörde entsprechen“. Vor einigen Jahren hatte ein stellvertretender Chef dieses Dienstes die Aufgaben noch sehr viel unmißverständlich und präziser formuliert: „Der MAD hat den eindeutigen Auftrag, gegen die Bundeswehr gerichteten Angriffen fremder

geheimer Nachrichtendienste und sicherheitsgefährdender politisch motivierter Kräfte vorbeugend und abwehrend zu begegnen und der politischen und militärischen Führung ein Lagebild zu vermitteln.“ Diese sprachliche Klarheit fehlt nach Meinung von Geheimdienst-Experten im Entwurf. Darin ist vom Auftrag nicht einmal die Rede; lediglich „obliegt“ ihm etwas und er „wirkt mit“. Die militärische Natur des Dienstes erscheine schon dadurch stark beeinträchtigt, wird von Experten betont. Hinzu komme eine zum Teil sehr präzisere Festlegung des MAD-Auftrages in bestimmten Bereichen.

Bemängelt wird, daß der Gesetzesentwurf nicht ausdrücklich die Militärorganisationen wie den Bundeswehr-Verband und den Verband der Reservisten als Zuständigkeitsbereich des MAD erwähnt. Genauso fehle die Festlegung, daß der MAD für die Beobachtung der Militärattaches fremder Mächte in der Bundesrepublik Deutschland, besonders jener aus den Staaten des Warschauer Paktes, verantwortlich sein solle.

Des weiteren bleibt die nicht minder gravierende Frage offen, warum nicht der MAD auch für die Sicherheit in der Industrie, – soweit sie für die Bundeswehr fertig ist, – und das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung als zuständig erklärt wird. Der Entwurf lege zwar fest, daß der MAD mit den Behörden des Verfassungsschutzes eng zusammenarbeiten sollte, Sinnvoller wäre es, den MAD in den erwähnten Bereichen direkt als verantwortlich zu erklären.

Gericht bringt britische Drucker in Verlegenheit

REINER GATERMANN, London

Wie effektiv die von der Regierung Thatcher erlassenen Arbeitsmarktgesetze den Aktionsradius der Gewerkschaften eingeschränkt haben, machte nicht nur die Verhängung einer Geldstrafe von 25 000 Pfund (rund 87 500 Mark) deutlich, sondern die gleichzeitig angeordnete Zwangsverwaltung des gesamten Vermögens der Druckergewerkschaft Sogat 82 in Höhe von 17 Millionen Pfund.

Um zu verhindern, daß die vier Zeitungen des Verlegers Rupert Murdoch, „Times“, „Sun“, „Sunday Times“ und „News of the World“, die etwa ein Drittel der britischen Zeitungsaufage stellen, an die Abonnenten und Verkaufsstellen ausgeliefert werden können, rief die Gewerkschaft Sogat 82 ihre in den regionalen Vertriebsstellen beschäftigten Mitglieder auf, sich nicht mit dem Titel des Murdoch-Konzerns, mit dem Sogat im Arbeitskampf liegt, zu befassen. Die Auslieferung wurde teilweise behindert.

In einer einstweiligen Verfügung forderte ein Gericht am 27. Januar die Gewerkschaft auf, diese Anordnung zurückzuziehen. Sie ist seit 1984 gesetzlich. Nach dem neuen Gesetz sind sogenannte Sekundäraktionen verboten. Sogat und die zweite große Druckergewerkschaft NGA bestreiken Murdoch, sie können die Herstellung der Zeitungen jedoch nicht verhindern. Da deren Transport und Vertrieb in den Händen anderer Firmen liegen, gegen die direkt kein Arbeitskampf geführt wird, dürfen die dort beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder die Verteilung der Murdoch-Zeitungen auch nicht verweigern. Als Sogat 82 sie jetzt dazu aufforderte, machte sie sich strafbar. Der Grund: Die Mitglieder wurden ermahnt, keine Murdoch-Zeitungen zu befördern.

Damit hat die Regierung die Ausbreitung von Arbeitskämpfen durch Sympathiestreiks unter anderem unterbunden. Insgesamt erwarb die bestreikte Verleger bisher sieben einstweilige Verfügungen, meistens wegen Verstößen gegen den Sekundär-Paragrafen. Sogat mißachtete die Gerichtsorder und muß jetzt dafür teuer bezahlen. Die 25 000 Pfund sind nicht so schmerzhaft wie der Verlust der Verfügungsgewalt über das eigene Vermögen. Dazu zählen nicht nur die Bankkonten, sondern auch die Dienstwagen und Gebäude. In Praxis kann die Gewerkschaft keine Streikgelder und keine Gehälter mehr zahlen. Sie wird das Gericht nur umstimmen können, wenn sie sich seinem Urteil beugt und sich für die bisherige Weigerung entschuldigt. Der Sogat-Verwaltungsrat beriet gestern Abend über die künftige Verfahrensweise. In einem Schreiben an das Oberste Gericht erklärte die Gewerkschaftsführerin Brenda Dean, ihr liege eine Mißachtung des Gerichts fern. Die neuen Gesetze haben nach ihrer Meinung „ernsthaft die Möglichkeiten der Gewerkschaften beschnitten“.

CDU-Abgeordneter: Benda illoyal

dpa, Bonn

In einem offenen Brief hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Link dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU), politische Illoyalität vorgeworfen. In dem Schreiben wird Benda beschuldigt, die Solidarität gegenüber der eigenen Partei dadurch zu verletzen, daß er den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Neutralität des Staates im Arbeitskampf öffentlich ablehnt und für die SPD-Regierung von Nordrhein-Westfalen ein Gutachten dazu ausarbeiten will.

Link erinnerte Benda daran, daß er als Staatssekretär und später als Minister in der Regierung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD 1969 in dem Gesetzesentwurf zur Neutralität der Bundesanstalt gegen jede Zahlung an durch Streik mittelbar arbeitslos gewordene Arbeitnehmer eingetreten sei. Es sei „sehr widersprüchlich“, wenn Benda heute einen Gesetzesentwurf öffentlich kritisiere, der weit über die damalige Regierungsvorlage hinausgehe und bis auf zwei Fälle immer die Unterstützung für mittelbar vom Streik Betroffene vorsehe.

DKP-Steuerhilfe beschäftigt Landtag

p. p. Bonn

Der von DKP-Funktionären geführte „Lohnsteuerhilfeverein – Steuerhilfe für Arbeitnehmer e.V.“ (WELT vom 3.1.) beschäftigt jetzt den Düsseldorfer Landtag. Fünf SPD-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet haben in einer Kleinen Anfrage nähere Auskunft von der Landesregierung verlangt. Die Parlamentarier vertreten Wahlkreise, in denen auch die DKP-Steuerhilfe angesiedelt ist.

In den Fragen heißt es unter anderem: „Da die bereits veröffentlichten Darstellungen über den Lohnsteuerhilfeverein des DKP-Funktionärs Günter Jorgs den Schluß zulassen, daß über 16 000 Bundesbürger ihre persönlichen finanziellen und wirtschaftlichen Daten in den 50 Büros jenseitigen Lohnsteuerhilfevereine anvertrauen, in dem handverlesene DKP-Funktionäre die Oberaufsicht führen, fragen wir die Landesregierung“, ob „eine zweckwidrige Nutzung der persönlichen Daten mit Sicherheit“ auszuschließen sei. Und: „Gibt es Erkenntnisse, ob die persönlichen Daten aus Steuererklärungen den gegenwärtigen Nachrichtendiensten (z. B. in der DDR) unzulässigerweise bekannt sind?“

Minister beklagt EKD-„Linkstrend“

idea, Bonn

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, hat bedauert, daß sich ein „deutlicher politischer Linkstrend in die evangelische Kirche eingeschlichen“ habe. In einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) sagte der Unionspolitiker, die politischen Äußerungen aus dem evangelischen Bereich orientierten sich „zunehmend an Positionen der SPD“. Die Bundesregierung müsse deshalb sorgfältig unterscheiden „zwischen dem, was ursächlich kirchliches Anliegen ist, und dem, was bereits von einer bestimmten politischen Richtung überlagert“ ist.

Darüber hinaus bestehe in der evangelischen Kirche ein „Nachholbedarf an eindeutigen Stellungnahmen zur Abtreibung“. Die christlichen Kirchen müßten das „Bewußtsein schärfen, daß Abtreibung Tötung menschlichen Lebens und daher grundsätzlich nicht erlaubt“ sei. Der „Mißbrauch der Notlagenindikation“ würde von den Unionsparteiern dann gestoppt werden, wenn sie dafür eine Mehrheit im Bundesrat und Bundestag finden würden.

Verfahren gegen Walesa eingestellt

AFP, Danzig

Der Verleumdungsprozeß vor dem Danziger Bezirksgericht gegen den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa ist gestern am ersten Verhandlungstag eingestellt worden. Der Friedensnobelpreisträger und Vorsitzende der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ wurde beschuldigt, die staatlichen Wahlkommissionen beleidigt zu haben, weil er eine niedrigere Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen im Oktober 1985 geschätzt hatte als offiziell angegeben. Die Staatsanwaltschaft gab ihre Strafverfolgung in diesem ersten Verfahren gegen Walesa nach dem Verbot der „Solidarität“ auf, nachdem der Arbeiterführer vor Gericht erklärt hatte, es sei „nicht seine Absicht gewesen, irgendjemanden zu verleumden noch den guten Ruf irgendeiner Person zu beschädigen“. Aus zuverlässiger Quelle verlautete, der Kompromiß sei das Ergebnis geheimer Verhandlungen gewesen, die der Kirche nahestehende Persönlichkeiten geführt hätten. Zur Zeit wird in Polen der Priester Marian Golabek gerichtlich verfolgt, weil er sich in „diffamierender Weise“ über den Wahlauschusch geäußert haben soll.

Genscher lobt Brandt-Rede zu 116

rnc, Bonn

Als „Signal der Verständigungsbereitschaft“ in der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz wertet Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) die Bundestagsrede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt am 6. Februar. In seinem Wuppertaler Wahlkreis sagte Genscher vor Parteimitgliedern, bei aller Härte und Kritik habe Brandt bei der Ersten Lesung zur Novellierung des Paragraphen von der Möglichkeit gesprochen, die Zusammenhänge neu zu überdenken. Sein Appell, die Koalition solle sich in den Ausschüßberatungen über sachlich fundierte Kritik nicht hinwegsetzen, werde nicht ungehört bleiben, wenn die SPD ihre Haltung durch Verbesserungsvorschläge konkretisiere.

Es sei an der Zeit, sagte Genscher, bei der Auseinandersetzung um das Streikrecht „Brücken der Verständigung“ zu beschreiben. Dazu gehöre auch, daß die „Kampagne“ gegen den Bundesarbeitsminister Blim eingestellt werde. Die Bundesregierung sei bereit, konstruktive Verbesserungsvorschläge zum Paragraphen 116 „ernsthaft zu prüfen“.



Warum sollten Sie in Ihrem Mietwagen auf Dinge verzichten, die Sie in Ihrem Auto sehr schätzen? Unsere Audi 200 samt Extras – auf Wunsch auch mit Katalysator – bekommen Sie für DM 69,-/Tag + 0,59/km (oder 190,-/Tag ohne km-Begrenzung). Buchen Sie Ihr Wunschauto zum Ortstarif unter 01 30-33 66. – FIRSTCLASS FAHREN, ECONOMY BEZAHLEN.

Sixt **Budget**
Autovermietung rent a car®

Handwritten signature or stamp at the bottom center of the page.

AUTOINDUSTRIE

Franzosen haben weniger verkauft

J. SCH. Paris
Während die deutsche Automobilindustrie ihre Pkw-Produktion 1985 um zehn Prozent steigern konnte, ging die französische um drei Prozent auf 2,63 Mill. Wagen zurück.

Die einzelnen Marken entwickelten sich allerdings sehr unterschiedlich. Die staatlichen Renault-Werke reduzierten ihre Produktion um 7,4 Prozent auf 1,32 Mill. Pkw bei einem Verkaufsrückgang um 6,6 Prozent im Inland und von 1,2 Prozent im Ausland.

Durchweg besser als die nationalen Wagen konnten sich die ausländischen auf dem französischen Markt behaupten. Obwohl dieser Markt nach den jetzt vorliegenden Angaben nur um bescheidene 0,5 Prozent zunahm, womit er zum ersten Mal seit 20 Jahren in Europa vom zweiten auf den dritten Platz (nach der Bundesrepublik und Großbritannien) rutschte, stiegen die Neuzulassungen ausländischer Marken um 2,5 Prozent.

An erster Stelle der Importwagen stand Ford mit einem Marktanteil von 7,55 (7,86) Prozent. Dem folgten VW-Audi mit 6,27 (5,55), Fiat mit 5,25 (5,53), General Motors mit 4,93 (4,35), Austin-Rover mit 1,61 (1,73), BMW mit 1,66 (1,72), Seat mit 1,25 (0,97) und Mercedes mit 1,19 (1,06) Prozent.

USA / Zwei neue Gouverneure stärken Reagans Einfluß innerhalb der Notenbank - Geldmengenziel wird heute beschlossen

Der Kurs der künftigen Politik ist noch unklar

H.A. SIEBERT, Washington
In einer schwierigen Lage befindet sich das zwölfköpfige Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve Systems, das seit gestern über Amerikas künftigen Geldkurs berät.

Hinzu kommt, daß an den heute fälligen Beschlüssen über die Geldziele, die Paul Volcker am 19. Februar dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses mitteilen wird, zwei neue Notenbank-Gouverneure beteiligt sind. Nach dem Platzen des Senats sind am Freitag Manuel Johnson (36) und Wayne Angell (55) eingeschwo-

Operation erholt, und Emmett Rice (66). Noch verschaffen die fünf regionalen Notenbankpräsidenten, die bis auf Gerald Corrigan aus New York rotierend an den Sitzungen des Offen-Markt-Komitees teilnehmen, Volcker (58) eine Mehrheit (es gibt zwölf US-Notenbankbezirke).

Das muß jedoch nicht immer so sein und hängt davon ab, ob in der Administration die Monetaristen oder die Angebotspolitiker („Supply Sider“) das Sagen haben. Bisher befand sich die Friedman-Schule, die für ein stetiges, aber maßvolles Geldmengenwachstum streitet, auf dem Rückzug. Aber Beryl Sprinkel, der den wirtschaftspolitischen Beraterstab des Weißen Hauses leitet, blies letzte Woche nicht nur in das alte Horn. Unterstützt wird er jetzt auch von James Miller, der David Stockman als Chef des Haushaltsbüros ablöste. Beide sehen in der jüngsten Geldexplosion große Inflationsgefahren.

Manuel Johnson, Wirtschaftsprofessor und bisherer Unterstaatssekretär für Wirtschaftspolitik im US-Finanzministerium, war einer der Architekten des Reagan'schen Steuerprogramms von 1981, durch das die Einkommensteuern allgemein um ein Viertel gesenkt wurden. Selbst ein

„Supply Sider“, ist er lange für mehr Geldwachstum eingetreten. Wayne Angell, ein früherer Bankier und Farmer, der seit 1956 an der Ottawa-Universität in Kansas Wirtschaftswissenschaften lehrt, gilt als flexibel und soll hauptsächlich daran interessiert sein, die Zinslasten der amerikanischen Bauern zu verringern.

In ihrem Senatshearing haben sowohl Johnson als auch Angell die Unabhängigkeit der US-Notenbank und ihre gegenwärtige Geldpolitik verteidigt. Demnach müßten sie für eine weiterhin „akkommodierende“ Geldmenge, die ein beschleunigtes Konjunkturtempo ermöglicht, votieren. Keiner wollte überdies ein Inflationsrisiko eingehen. Indes, das Amt unterliegt vielen Einflüssen. So stimmt US-Finanzminister James Baker nicht mit Sprinkel und Miller überein. Er glaubt, daß der monetäre Freiraum nach den gesunkenen Ölpreisen größer und die Teuerungsgefahr kleiner geworden ist.

Abgesehen von der veränderten Zusammensetzung des „Fed“ spricht die Logik dafür, daß in den USA die Haushaltsziele in diesem Jahr auch dann erreicht werden, wenn der Oberste Gerichtshof die automatischen Defizitkürzungen ebenfalls für

nicht verfassungskonform erklärt. Weiter kann man jedoch kaum blickend bis 1991, dem ersten Jahr mit ausgeglichenem Budget, schon gar nicht. Dazu Preston Martin: „Das erhöht die Ungewißheit.“

Da bei einem derzeitigen Defizit von rund 200 Mrd. Dollar riesige Mittel der US-Wirtschaft entzogen würden, hätte die US-Notenbank bei einem positiven Gerichtsurteil die Weichen für einen Zinsrückgang stellen können. In der neuen Situation wird sich dafür jedoch kaum eine Mehrheit finden. Folgt man dem im September ausgeschiedenen „Fed“-Gouverneur Lyle Gramley, dann wäre jetzt sogar ein Anziehen der Kreditbremsen „folgerichtiger“. Er schließt auch einen Rückfall der Finanzmärkte in tiefsten Pessimismus nicht aus.

Kaum ein Zweifel besteht, daß die Konjunktur in den USA besser Tritt gefaßt hat. Nach nur 2,4 Prozent in der Oktober-Dezember-Periode reichen die Prognosen für das erste Quartal 1986 von 3,8 bis fünf Prozent. Danach geht es aber wieder abwärts. Alan Greenspan, Milton Friedman und Albert Sommers (Conference Board) sagen für Ende 1986 oder Anfang 1987 sogar eine Rezession voraus.

FRANKREICH / Regierung erhebt Nationalisierung der Wirtschaft zum Wahlkampfthema

Weniger Verluste bei Staatsunternehmen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Nachdem die französische Regierung im Wahlkampf der Sozialisten bisher ihre Erfolge in der Inflationsbekämpfung und die umstrittene Verminderung der Arbeitslosigkeit betont hatte, will sie jetzt auch die Ergebnisse ihrer Nationalisierungsaktion in einem rosigen Licht darstellen. Schließlich gehört die (Re)Privatisierung zu den wichtigsten Wahlsprechen der hürgerlichen Opposition.

Franc 1984 auf 6 Mrd. Franc 1985, also um 13 Mrd. Franc, vermindert hat. Dabei verbesserten die sechs von den Nationalisierungsgesetzen von 1982 betroffenen Industrie-Unternehmen ihren Gewinn auf global rund 5 (3,4) Mrd. Franc. So veruchten (nach vorläufigen Angaben) Rhone-Poulenc plus 2,20 (plus 2,03), CGE plus 1,0 (plus 0,8), Pechiney plus 0,7 bis plus 0,8 (plus 0,6), Saint-Gobain plus 0,6 (plus 0,5), Thomson plus 0,4 bis 0,5 (minus 0,04) und Bull plus 0,02 bis 0,05 (minus 0,50) Mrd. Franc.

Mit starken Vorbehalten zu bewerten sind dagegen die Ergebnisse der Ende 1981 durch Umwandlung staatlicher Forderungen in Kapitalbeteiligungen nationalisierten Stahlkonzerns Saclor und Usinor. Deren Verlustabbau auf 4,5 (3,14) und 2,0 (7,40) Mrd. Franc erklärt sich vor allem daraus, daß 1984, nicht aber 1985, große außerordentliche Rückstellungen zur Finanzierung von Sozialausgaben des

CSSR: An Ecu interessiert

dpa/WVD, Berlin
Nachdem die Sowjetunion im vergangenen Jahr erstmals einen Kredit in Ecu (Europäische Währungseinheit) aufgenommen hat, ist jetzt auch von Außenhandelskreisen der Tschechoslowakei Interesse an der Verwendung des Ecu bei der Abwicklung des gegenseitigen Handelsausgleichs bekannt worden. Die „DDR“ zeigte bisher wenig Interesse an der Gemeinschaftswährung der Europäischen Gemeinschaft.

ITALIEN / Sparquote ist auf 24,2 Prozent gestiegen

Schatzamtstzertifikate vorn

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Als konsum- und spendierfreudig bekannt sind die Italiener auch emsige Sparer. Wie aus OECD-Schätzungen hervorgeht, erreichte die Sparquote von verfügbaren Einkommen der italienischen Haushalte im vergangenen Jahr 24,2 Prozent, einen halben Prozentpunkt über der des Vorjahres. Das war mehr als doppelt soviel wie die deutsche, französische und englische Sparquote.

Im Jahre 1985 stieg das Sparvolumen nach Schätzungen des Finanzforschungsinstituts Studi Finanziari um 24,8 Prozent auf insgesamt 770 000 Mrd. Lire (umgerechnet rund 116,5 Mrd. DM). Das entsprach einer realen Zunahme von 18 Prozent. Die Italiener haben in allen Sparten mehr gespart. Jeweils etwa ein Drittel der Neuersparnis von 152 000 Mrd. Lire entfielen auf das Wachstum der Bankeneinlagen (plus 12,5 Prozent auf 307 000 Mrd. Lire) und des Bestandes an indizierten Schatzamtstzertifikaten (CCT), der um 63 Prozent auf 129 000 Mrd. Lire zunahm. Etwa ein Fünftel der Neuersparnis entfiel auf die Zunahme des Aktienportfolios und etwas über ein Zehntel auf die des Bestandes an Investmentanteilen.

Der Bestand an Investmentzertifikaten vergrößerte sich von 5490 auf 27 000 Mrd. Lire. Dagegen kauften die Privaten während des vergangenen Jahres Aktien direkt nur im Wert von etwa 3000 Mrd. Lire. Trotzdem erhöhte sich ihr Aktienportfolio im Laufe von 12 Monaten von 30 000 auf 70 000 Mrd. Lire, was vor allem auf die starke Steigerung der Börsenkurse zurückzuführen ist.

auch der Anteil der Investmentfonds. Gegenwärtig haben von den etwa 16 Millionen italienischen Haushalten erst etwas über 0,5 Millionen Investmentzertifikate im Portefeuille.

Weltweite Sicht kann man abonnieren. Bitte: An: DIE WELT, Vertriebs, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36. Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtszeitliche Abänderung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertriebs, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

ITALIEN / Schwächerer Dollar stärkt Handelsbilanz

Unternehmer optimistisch

Der schwächere US-Dollar und die niedrigeren Energiepreise werden das italienische Außenhandelsdefizit im laufenden Jahr voraussichtlich um 10 000 bis 12 000 Mrd. Lire (etwa 14,7 bis 17,1 Mrd. DM) erleichtern und die Leistungsbilanz nahezu ausgleichen. In einer Studie schätzt der Spitzenverband der italienischen Industrie, daß durch die kombinierte Wirkung dieser Faktoren das Bruttoinlandsprodukt 1986 real um 2,5 Prozent zunehmen wird, fast einen halben Prozentpunkt mehr als im vergangenen Jahr.

Prozent in diesem Jahr zu senken. Sollte die Entwicklung des Dollar und des Ölpreises auch in den zwei darauffolgenden Jahren anhalten, rechnet der Spitzenverband der italienischen Industrie für 1987 und 1988 mit einer Inflationsrate von nur noch 4,81 und 3,79 Prozent im Jahresdurchschnitt. Der Verband geht davon aus, daß nur ein geringer Teil der Kostenersparnis an die Verbraucher weitergegeben wird.

Utrecht-Bank wird jetzt übernommen

htz, Amsterdam
Durch die Übernahme des gesamten Jahresverlustes (1985) von umgerechnet rund 230 Mill. D-Mark und der damit besiegelten hundertprozentigen Übernahme der defizitären Amsterdamer Hypothekbank Westland-Utrecht durch den größten holländischen Versicherungskonzern Nationale Nederlanden ist die Zukunft des Amsterdamer Kreditinstituts jetzt abgesichert worden.

BRITISCHE ÖLFÖRDERUNG / Die Regierung läßt den Gesellschaften freie Hand

Vorerst keine Produktionsdrosselung

WILHELM FURLER, London
Ein Labour-Abgeordneter richtete vor wenigen Tagen an die Regierung Thatcher die Frage, ob sie denn angesichts des dramatischen Einbruchs der Rohölpreise nicht endlich eine Beschränkung der Ölförderung aus dem britischen Festlandssockel erwäge. „Nein“, lautete die auf eine schriftliche Anfrage bemerkenswerte kurze und kategorische Antwort von Energieminister Walker. Es hieße also zunächst einmal bei der britischen Fördermenge von 2,7 Mill. Barrel (ein Barrel gleich 159 Liter) pro Tag.

die Wahrscheinlichkeit, daß kapitalintensive Explorations- und Feldentwicklungen zurückgestellt oder gar nicht erst in Angriff genommen werden. Denn die größten und am leichtesten auszubauenden Felder sind mit großer Wahrscheinlichkeit bereits gefunden worden.

Der eiserne Gentleman. Ein Jaguar hat die vornehme Eigenschaft, auch in Ausnahmesituationen die Haltung zu bewahren. Seine aus dem Rennsport übernommene Fahrwerk-aufhängung gewährleistet auch bei Eis und Schnee exzellente Bodenhaftung. Das serienmäßig eingebaute Sperrdifferential garantiert zusätzliche Sicherheit. Kein anderes Automobil dieser Klasse bietet diese einzigartige Kombination von Tradition und neuer technischer Perfektion - und eine so glänzende Preis-Leistungs-Bilanz. Für Gentlemen, die bei aller Freude am Luxus eiskalt kalkulieren können. Die Jaguar Coupés - Die Jaguar Limousinen - Die Jaguar Cahrios. Alle in 6- und 12-Zyl.-Versionen. Jaguar Deutschland GmbH - Frankfurter Straße 6242 Kronberg i. Ts. - Telex: 6173987 - Tel.: 06173/705-0

Zum zweiten ist es auch die grundsätzliche Einstellung von Premierminister Thatcher und ihren Kabinettsmitgliedern, nicht in rein privatwirtschaftliche Entscheidungsprozesse einzugreifen, solange das Wohl der Nation nicht direkt betroffen ist. Entsprechend läßt die Regierung den Unternehmen völlig freie Hand, mit einer möglichst raschen Ausbeutung ihrer Öl- und Gasfelder, die wegen der Nordsee- und Atlantikbedingungen sehr hohen Explorations- und Entwicklungskosten schnell einzuspielen.

So gesehen dürften auf die großen britischen Nordseeölproduzenten wie BP, Shell, Ultramar, Burnah Oil, Tricentrol oder Enterprise Oil jedenfalls in absehbarer Zeit kaum Schwierigkeiten zukommen. Dies gilt um so mehr für diejenigen Unternehmen, die mit eigener Verarbeitungskapazität von den in den letzten einhalb Jahren deutlich verbesserten Spannen im europäischen Raffineriegeschäft bei relativ hohen Benzin- und Produktpreisen profitieren.

Dennoch liegt ein bedrückender Schatten über den Nordsee-Bohrtrümen. Mit fallenden Ölpreisen wächst

Handwritten signature or mark.

SCHERING / Jahresergebnis hat sich weiter verbessert

Verluste auf dem US-Markt

Mit der Entwicklung des Konzernumsatzes im Geschäftsjahr 1985 ist die Schering AG, Berlin und Bergkamen, insgesamt zufrieden, wie in einem Zwischenbericht festgestellt wird. Auf der Basis eines hohen Vorjahresniveaus wurde noch einmal eine Steigerung um sieben Prozent auf 5,1 Mrd. DM erzielt. Davon entfielen auf das Inland 883 Mill. DM (plus 5 Prozent) und auf das Ausland 4,2 Mrd. DM (plus 7 Prozent).

IMPORTHANDEL / Günstige Preise bei Konserven

Verluste durch Dollarkurs

Der deutsche Importhandel hat aufgrund des stark schwankenden Dollarkurses ein schwieriges Jahr hinter sich. Wie der Warenverein der Hamburger Börse a. V., der als Bundesverband des deutschen Importhandels mit Konserven, Tiefkühlprodukten, Trockenfrüchten, Schalenobst, Trockengemüse, Gewürzen, Honig und verwandten Waren fungiert, in einem Jahresrückblick schreibt, hätten sich erst im Spätherbst 1985 bei einem auf 2,60 DM abgerutschten Dollar günstigere Einkaufsmöglichkeiten ergeben. Zu diesem Zeitpunkt sei für zahlreiche Einkäufe die Währung jedoch bereits abgedeckt gewesen, so daß viele Händler unvorhersehbare Verluste erlitten hätten.

RISIKO-LEBENSVERSICHERUNGEN / „Stützpunkt vor dem Todesfall“ gewinnt mehr und mehr an Bedeutung

Die Unterschiede bei den Beiträgen sind erheblich

Harald Posny, Düsseldorf: Vor Jahren noch ein nahezu „unbekanntes Wesen“ hat die Risiko-Lebensversicherung in jüngster Zeit mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Im letzten Jahr wuchs das Neugeschäft nach der Anzahl der Verträge um fünf Prozent, der abgelaufenen Versicherungssumme nach um 9,1 Prozent.

Die Verringerung kann jedoch nicht garantiert werden. 2. Verzinsliche Ansammlung; hier werden die Überschüsse nicht direkt rückvergütet, sondern beim Versicherer angelegt und bei Vertragsende oder zwischendurch mit der ursprünglich vereinbarten Summe ausgezahlt. Hier hat die Regel der verlorenen Prämie eine Ausnahme.

Die 10 günstigsten Versicherer bei Verrechnung der Überschüsse mit laufenden Beiträgen

Table with 2 columns: Gesellschaft, Jahresbeitr. in DM. Lists companies like Cosmos, Europa, Köln, etc.

Die 10 günstigsten Versicherer bei Anwendung des Bonussystems

Table with 2 columns: Gesellschaft, Jahresbeitr. in DM. Lists companies like Europa, Köln, Neue Leben v. 1964, etc.

SCHIFFSMAKLER

„Verkehrspolitik diskriminierend“

Wir fordern, daß der Verkehrsschluß des Bundestages endlich tätig wird, sagte der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Schiffsmakler, Oswald Dreyer-Eimbecke. „Wir können nicht bis zur Liberalisierung der Tarife für den Straßenfernverkehr 1992 warten.“

Schuldzinsenabzug bei Erbfolgeerregelung

Werden einem Steuerpflichtigen von seinen Eltern im Rahmen vorweggenommener Erbfolgeerregelung Grundstücke übertragen, so können Schuldzinsen für eine gleichzeitig übernommene Darlehensschuld zur Gleichstellung seiner Geschwister Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung darstellen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Boehlt: Boehlt-Werkstätten GmbH; Bochum: Dr. Engelbert Knappstein; Esilgen: Michael Sony, Neubausen/F.; Schrag Brunnenschneiderei GmbH, Eschwege; Denkendorf; Gelsenkirchen: Getriebe-Lindemann GmbH, Gelsenkirchen-Horst; Krefeld: Petrans-Abfallbeseitigungsges. mbH, Nettetal 2; Meinerzberg: Hermann Schröder, Kaufmann; Marne; Nachl. d. Wolfgang Hiet, Welsburen; Sehldein: Eickler GmbH & Co. Produktions KG, Blankenheilm-Wald.

NAMEN

Dr. Harald Neitmeier wurde als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden Geschäftsführer Hermann Pöner in die Unternehmensleitung der Klein-Gruppe, Salzkotten, berufen. Er übernimmt das Ressort Finanzen und Controlling.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Offerte an Siemens

München (dpa/VWD) - Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat Siemens ihren Anteil an der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, angeboten. Siemens werde im Lauf der nächsten zwei Monate über einen möglichen Kauf entscheiden, erklärte das Unternehmen in München auf Anfrage.

Ausgleich im Export

Berlin (dpa/VWD) - Die Schindler Aufzügefabrik GmbH, Berlin, hat sich neue Märkte im Ausland erschlossen, so in Saudi-Arabien, Ägypten, Singapur und Hongkong. Gegenwärtig entfallen bereits 40 Prozent

des Neugeschäftes auf den Export, teilte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Wolfgang Koch, in Berlin mit. Das Volumen des deutschen Marktes (10 000 Anlagen) werde eher noch zurückgehen. Daher werde das Servicegeschäft immer wichtiger. 1985 wurden nach vorläufigen Zahlen etwa 315 bis 320 Mill. DM nach 295 Mill. DM im Vorjahr umgesetzt. Schindler Deutschland beschäftigt 2500 Mitarbeiter, davon 1400 in Berlin. Im schweizerischen Schindler-Konzern (2 Mrd. st. Weltumsatz) sind 22 500 Mitarbeiter beschäftigt.

Beteiligung erworben

Paris (J.Sch.) - Der französische Lebensmittelkonzern BSN hat eine 20prozentige Beteiligung an der deutschen Gesellschaft Sonnen-Bassermann (Umsatz 175 Mill. DM) erworben, die Teigwaren, Ravioli, Fertiggerichte und Konfitüren produziert. Der Konzern ist in der Bundesrepublik bereits bei Frischprodukten durch seine Tochter Gervais Danone, Mün-

chen, (Umsatz 380 Mill. DM) und durch die Gesellschaft Diepal GmbH, München, vertreten. Nach dem Kauf der italienischen Gesellschaft Ponte steigt BSN jetzt zum zweitgrößten Teigwarenhersteller Europas (nach Panzani) auf.

Mehr Lastwagen abgesetzt

München (dpa/VWD) - Die MAN Nutzfahrzeuge GmbH, München, hat 1985 nach eigenen Angaben mit 21 239 Nutzfahrzeugen 9,4 Prozent mehr abgesetzt als im Vorjahr. Wie das Unternehmen mitteilte, sind die Verkäufe jedoch um 21,9 Prozent hinter dem Spitzenjahr 1981 zurückgeblieben. Bei den Lastwagen über 9,6 Tonnen Gesamtgewicht habe MAN in der Bundesrepublik 9,7 Prozent mehr Fahrzeuge ausgeliefert (Export: plus 7 Prozent). In der Gewichtsklasse 6 bis 9,6 Tonnen sei der Absatz um 12,9 Prozent (Export: plus 24,2 Prozent) gestiegen. Bei den Omnibussen wurde ein Plus im Inland von 7,4 Prozent (Export: plus 34 Prozent) erzielt.

JAPAN / Mehr als 90 000 Eisenbahnern droht Arbeitsplatzverlust durch Neuordnung

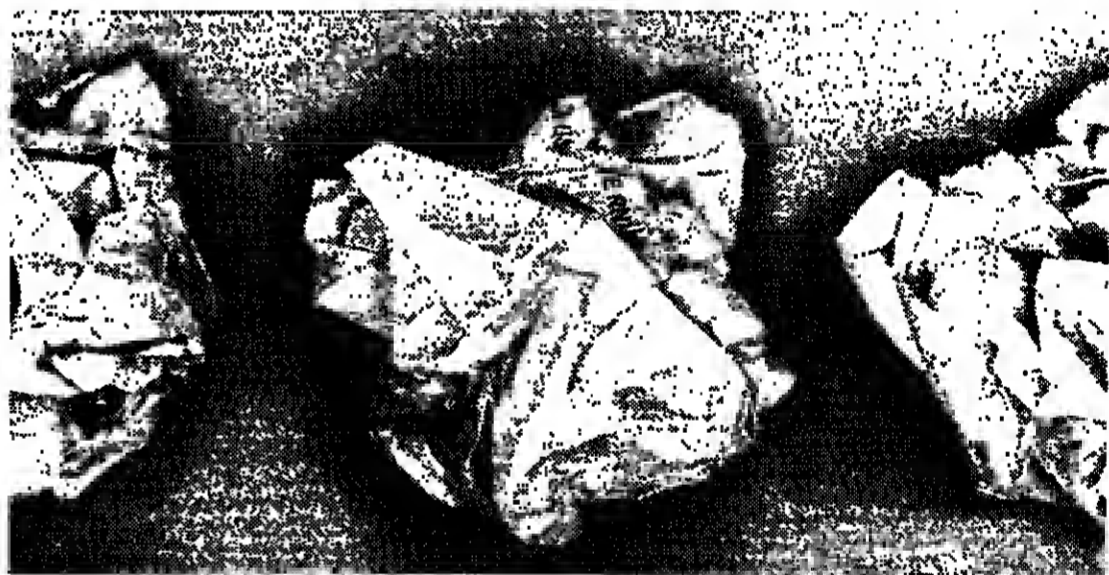
Privatisierung soll Staatsbahnen retten

FRED de LA TROBE, Tokio. Die japanische Regierung wird in Kürze im Parlament Gesetzesvorlagen zur Aufgliederung und Privatisierung der Staatsbahnen Japans (JNR) einbringen. Die Vorlagen gehen auf einen Bericht zurück, den eine fünfköpfige Kommission Mitte vergangenen Jahres vorlegte.

Die Staatsbahnen begannen 1964 in die roten Zahlen zu rutschen, als Japan in das Zeitalter des Automobils eintrat. Die seither ungünstige Entwicklung war außer auf Fehler des Managements vor allem auf den Verlust von Frachtvolumen - meist auf unrentablen Strecken - meist auf Drängen von Politikern, die sich damit Wählerstimmen erhofften - zurückzuführen. Um dem Abwärtstrend wirkungsvoll zu begegnen, stellte die JNR schon 31 lokale Linien ein. Weitere 27 Linien sollen folgen.

Im Fiskaljahr 1984 verbuchten nur acht Hauptlinien einen Gewinn. Darunter war der Superexpress „Shinkansen“ auf der Strecke Tokio-Kyushu. Alle anderen 237 Linien schlossen mit roten Zahlen ab. Die japanische Regierung hat Ende Januar beschlossen, nach der Privatisierung der JNR von deren Defizit und Verbindlichkeiten einen Betrag von 208 Mrd. DM zu übernehmen. Der Rest soll von den sechs zu gründenden Gesellschaften getragen werden.

Eine Chance für junge neue Ideen.



Wir wollen nicht, daß gute Ideen im Papierkorb landen. Wir mögen die gesunde Frische, die alles regeneriert und die Wege in die Zukunft zeigt. Deshalb unterstützen wir von Unternehmenseinstellung junge Menschen. Deshalb unterstützen wir kreative Leute. Deshalb schreiben wir zum Beispiel den Preis für junge europäische Fotografen aus.

Unsere Fachkompetenz in allen Fragen der Investitionsdurchführung, unser Sicherheitsdenken und unsere Ideen haben uns zu dem gemacht, was wir nun heute sind. Ideen für Ihre Ideen. Rufen Sie uns an.

- List of Deutsche Leasing AG branches: Hamburg, Frankfurt am Main, Hannover, Köln, etc.

Der erfahrene Investitionspartner

Deutsche Leasing AG logo and name.

Aktien überwiegend gut gehalten

Aber weiterhin schleppende Umsatztätigkeit

DW. - In der Hoffnung, daß die feste New Yorker Aktienrendite über kurz oder lang auf dem Dienstag Höchststand von 12,5 Prozent ansteigen wird, sorgten im allgemeinen für stabile Kurse, auch wenn der Umfang der ausländischen Kaufaufträge zurückgegangen ist.

Das Commerzbank-Bezugsrecht erreichte mit 4,90 (minus 0,20) DM den niedrigsten Stand. Das Angebot hat weiter zugenommen. Der Commerzbank-Aktienkurs ist weiter zurückgegangen. Keine Plazierung für die jungen Aktien hat die BRF-Bank. Bezugsrechtlich sich bestärkte. Für Verzugsgarantien hat die Nachfrage zugenommen, als die Nachfrage für die Verzugsgarantien dienen die verfügbaren Spritzenstangen. RWE-Stämme erreichen mit 2,50 DM einen neuen Höchststand. Aufkommen nur wenig verändert. Wieder lebhaft Umsätze in PKW, wo ein hervorragender Abschluß erwartet wird. Überwiegend zu Vorkaufsaufträgen gehandelt, teilweise Abweichungen sind zu erwarten.

Frankfurt: Riedel de Haas tendiert mit plus 20 DM wert.

Die Deutsche Aktiendotation richtet sich zur Zeit vorwiegend auf US-Aktien. Für viele hat die deutsche Börse nach dem schlechten Rückgang von Dollar und Pfund an Reiz gewonnen. Dennoch hofft man auf eine allgemeine Geschäftsbesserung.

Agv zogen um 10,50 DM und Goldschmidt um 10 DM an. Hüttenwerke erholten um 5,80 DM. Nachgekauft haben Weis um 15 DM und Cassella um 14 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel und Chem. Werke verbesserten sich um je 4 DM. Kabelmetall um 4,80 DM und Wigo um 9 DM. Elagun Batterien verminderten um 14 DM. Heinrich um 15 DM und Leffers um 12 DM. Nordstern gab um 30 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf lagen um 3 DM fest. Hoyer erholten um 1,10 DM und Phoenix Gummi um 1,40 DM. Bremer Vulkan stockten um 1,50 DM auf. Hapag Lloyd gaben weiter um 2 DM nach. Holsten Brauerei wechselten 3,50 DM höher den Besitzer.

Berlin: Tempelhof Feld wurden um 20 DM höher taxiert. Engelhardt konnten 5,50 DM und Beula 2,50 DM zulegen. Bergmann verloren 3 DM und Rheinmetall St. 10 DM. DeWette und Springer gaben um je 7 DM nach.

München: Audi verbesserten sich um 14 DM. Flachglas um 5 DM und Brauh. Coburg um 10 DM. Patrizier stockten um 20 DM und Paulaner um 30 DM auf. Otto Steinhilber verloren 4 DM und Dwyding 5,50 DM.

Stuttgart: Kolbenschmitt setzten bei größeren Umsätzen ihre Aufwärtsbewegung um 7 DM auf. 277 DM fort. Höbner konnten sich um 8 DM teilerhalten. Zeig Zement verteuerten sich um 15 DM und Würtembergische Feuer- und Versicherungsvereine um einen Gewinn von 67 DM.

Nachbörse: bekapnet

WEST-Aktienindex: 225,99 (224,39)
WEST-Marktsindex: 254,99 (257,97)
Advance-Decline-Verhältnis: 94 (101)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Stadt	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
Düsseldorf	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
Frankfurt	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
Hamburg	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
München	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.	11.2.	12.2.

Inland	11.2.	12.2.
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475
A. Bach M. B. 10	3420	3475

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

Ausland	11.2.	12.2.
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297
ACP Holding	297	297

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

11.2.	12.2.	11.2.	12.2.
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4
AGV	302,5-314,4	302,5-314,4	302,5-314,4

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD: Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkennendes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Heft 26 der „Orientierungen“ befaßt sich mit Fragen, die Jugendliche an Wirtschaft und Wirtschaftsordnung stellen; erörtert das Verhältnis von Berufs- und Allgemeinbildung; untersucht (neben vielem anderen), wie es mit der Loyalität der Bürger zum Staat steht, welchen Rang die Stabilität des Geldwertes in der Wirtschaftspolitik inne haben sollte und ob der Wettbewerb das Gesundheitswesen sanieren könnte.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 6, 5300 Bonn 1.



LUDWIG ERHARD: Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 6, 5300 Bonn 1.

150

RÖRSEN UND MÄRKTE

FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Renten etwas freundlicher

Der vorangegangene Renditeerfolg in den USA, wo wieder einmal von der Möglichkeit einer Zinssenkung gesprochen wird, führte am deutschen Rentenmarkt zu einer gewissen Auflockerung. Hier wurden öffentliche Anleihen bis zu einem Viertelpunkt herabgesetzt. Die letzte 6 1/2-prozentige Bundesanleihe wurde zu 100,30, das heißt um 0,05 Prozentpunkte über ihren Emissionskurs in den Handel eingeführt. Das Infanzialinteresse danach ist bis heute begrenzt geblieben, weil sich auf dem Pfandbriefmarkt gegenwärtig noch bessere Renditen erzielen lassen.

Mittwoch, 12. Februar 1986 - Nr. 36 - DIE WELT

Bundesanleihen

Table of federal bonds (Bundesanleihen) with columns for bond type, maturity, and price.

Bundespost

Table of postal bonds (Bundespost).

Länder - Städte

Table of state and city bonds (Länder - Städte).

Sonderinstitute

Table of special institutions (Sonderinstitute).

Industrieanleihen

Table of industrial bonds (Industrieanleihen).

Optionsscheine

Table of option certificates (Optionsscheine).

Währungsanleihen

Table of currency bonds (Währungsanleihen).

Wandelanleihen

Table of convertible bonds (Wandelanleihen).

Frankfurt

Table of Frankfurt bonds (Frankfurt).

DM-Auslandsanleihen

Table of DM foreign bonds (DM-Auslandsanleihen).

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Düsseldorf

Table of Düsseldorf bonds (Düsseldorf).

DM-Auslandsanleihen

Table of DM foreign bonds (DM-Auslandsanleihen).

IN BESTECHENDER FORM - KRAFTVOLL UND ZUVERLÄSSIG.



Der neue Transit setzt Zeichen. Mit mehr Leistung bei geringeren Verbrauchswerten, beeindruckender Ladekapazität und ausgeprägter Wirtschaftlichkeit.

Starke Form. Der neue Transit verkörpert in konsequenter Form wirtschaftlichen Nutzen. Er verbindet funktionales Äußeres und moderne Technik zu sichtbarem Fortschritt in dieser Transportklasse.

Starkes Programm. Der neue Transit hat ein anpassungsfähiges Programm mit 32 Modellen für alle Einsatzbereiche. Als Kombi, Kasten, Bus und Windlauf mit zwei Radständen, bzw. drei Radständen bei Pritsche und Fahrgestell.

Starke Leistung. Den neuen Transit gibt es in sechs Nutzlastklassen von 0,8 bis 1,9 t. Eine stabile Basis für Ladevolumen von 6,0 m³, 6,6 m³ und 8,4 m³. Das alles kommt kraftvoll zum Einsatz mit sparsam spritzigen Motoren: dem 1,6-l-Benziner mit 46 kW (63 PS), dem 2,0-l-Benziner mit 57 kW (78 PS), beide für wahl-

weisen Betrieb mit verbleitem oder unverbleitem Normalkraftstoff. Und dem fortschrittlichen 2,5-l-Dieseldirekteinspritzer mit 50 kW (68 PS). Kraftstoffverbrauchsdaten nach DIN 70030 für Transit PKW-Modelle bei Standard-Hinterachsübersetzungen (Normal-/Diesel-Kraftstoff).

Table with 3 columns: Model, Motor Liter, Leistung kW/PS, Verbrauch (l/100 km) (Städt./90 km/h/Verkehr).

Starke Details. Der neue Transit ist für den harten Alltag gerüstet. Mit neuer Technologie und in stabiler Leichtbauweise, um Gewicht zu sparen und die Transportleistung zu erhöhen. Mit Schiebetrüren in Palettenbreite. Und einer praxiorientierten Ausstattung, die durch Funktionalität und Ergonomie den Arbeitsablauf bestimmt. Rundum also ein klares Konzept mit vielen Stärken. Robust, sparsam, zuverlässig und zukunftsweisend.



Abgebildete Ausstattungen entsprechen nicht unbedingt der Standardausführung.

DER NEUE TRANSIT



Akt DW - in der New York...

Table with columns for stock symbols (e.g., AK, DW) and their respective prices and market data.

Table titled 'Optionshandel' showing various options contracts, their prices, and market status.

Table titled 'WELT-Aktien-Indizes' and 'Devisenmärkte' showing index values and exchange rates for various currencies.

Geschäftsverbindungen

Audiowelt, das sind besonders interessante Vorträge über Kassettens über Themen des Lebens...

neptune VERLAG GMBH Industrieregion, Siemensstr. 4 D-7251 Wimsheim bei Pforzheim

Wegen Auslauf der eigenen Produktion sucht Maschinenbaubetrieb die Übernahme einer Fertigung.

Leistungsfähiger Lohnfertiger sucht mechanische oder elektrotechn. Montagearbeit

Dynamische amerikan. Im- u. Exportfirma in schweizer, u. deutsch. Management...

Dänische Fertighäuser KREATIVES TEAM PLAN, entwirft, führt aus vom Prospekt bis zum Messtand...

Übernahme von GENERALVERTRETUNGEN und HANDELSAGENTUREN für den Großraum Hamburg gesucht

Technischer Geschäftsführer Dipl.-Ing. Schifffahrts (FT), 51 Jahre, verheiratet, 3 Kinder...

Vertrieb und Marketing Dipl.-Kfm., 46 J., langjährig in allen Vertriebskanälen von NF-Marketing...

Technischer und medizinischer Redakteur 46 J., promov. Kommunikationswissenschaftler, flexibler Textprofi...

Bankkaufmann 30. verh., Prokurist-Gruppenleiter in ausl. Großbank, ungekündigt, international...

Geschäftsführerebene Erfahrung in Konzernmanagement, Einzelhandel, zielorient. Personalführung...

Leiter Rechnungswesen, 48 führungsbereits, belastbar, bilanzsicher, steuerlich versiert...

Dipl.-Ing. (FH) Schweißtechnikenerieur 40 J., z. Zt. in ungekündigter, leitender Stellung tätig...

Kfz-Meister/Betriebswirt des Handwerks 33 J., led., Berufserfahrung: Pkw, Landtechnik, Militärtechnik...

Möbelkaufmann Mitte 40, sucht Top-Position als Geschäftsführer Ein- und Verkauf

GEOLOGE (Geologie, Geographie, Bodenkunde), 38 J., B. J. Berufserfahrung in einem Ing.-Büro...

Kaufmännische Führungskraft Dipl.-Kfm., Mitte 40, langj. Tätigkeit in Industrie, Finanzspr., Ges., Finanzverwaltung...

Materialwirtschaft/Logistik Mitglied der GL, mit langjähriger Führungspraxis in den Bereichen Versand, Lager...

Export-Kfm. 35 J., ledig, ungek., langj. Verkaufserfahrung als Filialleiter in Westafrika...

Kfm. Führungskraft 37 J., verh., ungek., nicht ortgeb., z. Zt. stellvertretender Verkaufsführer...

Verkaufsleiter/Walzstuhl 41 J., HBV, Handelsfachwirt, in ungek. Pos. (Kontz.), sucht neue Führungsaufgabe

Vertriebs-Ing. in Fernost Dipl.-Ing. (TU) 48 J., in Fernost, Ende 49, verh., dtsch.-chines. Herr, mehrsprachig...

Tischlermeister u. Innenarchitekt (Ing. grad.) suchen neues Tätigkeitsfeld als Team im Laden- u. Innenausbau...

Sanitär-Klempnermeister sucht Auslandsmontage o. E. Zuschr. u. E 8635 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Außendienstmitarbeiter 43 J., ungek., seit ca. 5 J. erfolgreich im med.-techn. Bereich tätig...

Sekretärin/Assistentin 37 J., verheiratet, 2 Kinder, in Fernost, in der Pos. Sekr. u. Assistentin tätig...

Kaufm. Führungskraft 44 J., Mitglied der GL, in ungek. Position, sucht verantwortungsvolle Aufgabe im Bereich Materialwirtschaft/Logistik...

Restaurationsfachmann 33 J., Examen als Ausbilder, exzellente Umgangsformen, z. Zt. in Restaurant in einem renommierten hannoverschen Hotel...

Betriebswirt 41 J., 30. verh., 3 Kinder, pers. in der Pos. Betriebswirt tätig, sprachgeb. deutsch, spanisch, englisch, schweizerisch...

Assessor 2. Examen Dez. 1985, befäh. überdurchschnittliche bis sehr gute Stationen...

EXPORTLEITER Dipl.-Betriebswirt, 47 J., engl., franz., span., langj. praktische Erfahrung im Innen- u. Außendienst...

Übersetzerin (grad.) Französisch, Spanisch, 35, FH Köln, Grundkenntnisse Englisch, Handelsfranzösisch...

Wissenschaftliche Dokumentarin 47, Biologie-Studium, Jahreslehrgang zum wiss. Dokumentar 1983...

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8.579.104 aufgeben

STELLENANGEBOTE Wir suchen: einen

Devisenhändler mit Erfahrung im internationalen Produkthandel und guten englischen Sprachkenntnissen

Berufs-Chancen in der Elektronik/EDV-Branche unter diesem Titel erschien in der WELT am 1. Februar

An: DIE WELT, Stellen-Service, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Name: Straße/Nr.: PLZ/Ort: Beruf:

01-569

Warenpreise - Termine
Schwächer geschlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfermärkte am Terminmarkt der New Yorker Comex. Während Kaffee um das Limit höher notierte, konnte sich Kakao lediglich gut behaupten.

Table with multiple columns listing various commodities like Wheat, Oil, and Metals with their respective prices and market status.

Wolle, Fasern, Kautschuk
BAUMWOLLE New York (c/b)
Kautschuk New York (c/b)

Table listing prices for wool, fibers, and rubber, including sub-sections for 'NE-Metalle' and 'Deutsche Alu-Gießlegierungen'.

Devisenmarkt
Die Devisen für den US-Dollar blieben am 11.2. etwas niedriger als die dezentrale Zinsverteilung mit sich ab.

Table showing exchange rates for various currencies and gold prices.

Geldmarktsätze
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.2.: Tagesgeld 4,50-4,55 Prozent; Monatsgeld 7,25-4,40 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,55 Prozent.

Table detailing interest rates for different terms and currencies.

Nullkupon-Anleihen (DM)
Deutsche Bundesbank

Table listing zero-coupon bonds with columns for maturity, yield, and price.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO
Zusatz: Rendite: Ordinalrentenpapier mit Wertsicherung nach dem 1.1.1986

Table showing yields and prices for mortgage-backed securities and other financial instruments.

New Yorker Finanzmärkte
Fed Funds, Commercial Paper, US-Schatzwechsel

Table listing New York financial market data including Fed funds, commercial paper, and Treasury bills.

Advertisement for Thyssen Aktiengesellschaft, detailing the 32nd general assembly on Friday, March 21, 1986, at the Mercator-Halle in Duisburg.

Advertisement for LINIENFLÜGE BERLIN-PADERBORN by TEMPELHOF AIRWAYS, including flight schedules and contact information.

Advertisement for WELT-Auflage, a 26% discount on subscriptions, with contact details for the publisher.

Advertisement for Auktionshaus Kuhlmann & Struck, featuring a free auction of land and household items on Saturday, February 15, 1986.

Advertisement for Merrill Lynch AG, highlighting the new 'Börsentendenzen' report and offering a free sample to investors.

Kommerz und Kommunikation auf Flohmärkten

Die Lust am Plunder

Das Geschäft mit der Nostalgie floriert. Plüsch und Plunder, Kunst und Kitsch waren noch nie so gefragt wie heute.

ten Boutiquen ihren Kunden nicht anbieten wollen. Etwas hängen bleibt immer. Auf florierenden Märkten sollen bis zu 20 000 Mark Umsatz von Hand zu Hand gehen.

Ein attraktiver Weg, Steuern zu sparen, denn hinter diese Geschäfte schaut kein Finanzamt. Zwar heißt es von vielen Märkten, sie seien inzwischen teurer. Dennoch beschleicht jeden, der nur einmal darüber wandert, um zu schauen, doch fast regelmäßig das Gefühl, unter all diesem dilettantisch zusammengewürfelten Zeug müßte doch etwas besonders Günstiges, wenn nicht sogar Wertvolles, zu finden sein.

Noch sind die Tage der Rosen - ARD, 16.10 Uhr

Diegsamen Messinghals aus den fünfziger Jahren, von wirklich alten Dingen ganz zu schweigen, machten aus dem Freizeitspaß von einst ein knallhartes Geschäft.

So klagt ein Flohmarkt-Veteran, der Hamburger Boutiquen-Besitzer Klaus Koehn, der seit 1973 für einen Bürgerverein ehrenamtlich einen Trödel in Pöseldorf organisierte, schon vor drei Jahren: „Die Idee ist pervertiert.“

Wer kennt nicht die Begebenheit, daß auf dem etwa hundertjährigen Flohmarkt von St. Quen in Paris unter Plunder und Plüsch Wertschätze wie ein Bild von Fragonard, sogar die „Kartoffelesser“ von Vincent van Gogh, Renoirs „Nini“, Aquarelle von Manet und Cézanne und eine Büste von Houdon erstanden wurden? Auf solche Glücksfälle hofft ein jeder - und die Trödel nehmen den Passanten nicht ihre Illusionen.

Ist wirklich alles alt auf dem Markt? So alt wie die zahllosen nostalgischen Autohupen aus Messing,



Auf der Suche nach dem Schnitzmesser: Trödelmarkt in Berlin. FOTO: MEINER

deren schwarze Gummiballons noch so neu riechen? „Made in Pakistan“. Oder wirklich alles so wertvoll? Wie die ehemals wertlosen Altkäse, die Nonvaleurs, früher Ladenhüter, heute im Sog der Flohmärkte wie Pretiosen gehandelt?

Aber so ein Gang über den Trödelmarkt ist für viele eine Wanderung durch die eigene Kindheit. Für manche ausländischen Mitbürger aber auch ein ganzjähriger Schulverkauf. Sie suchen dort, wo die basarähnliche Atmosphäre sie häufig zu heftigem Fellschen animiert, keinen nostalgischen Krimskrams, sondern preiswerte Gebrauchsgüter wie Hausrat, Kleider und Schuhe. Das kann so ge-

trennt wiederum und auch so beieinander sein wie auf der Straße des 17. Juni nahe der Technischen Universität in Berlin. Dortin kommen sie bei Wind und Wetter an jedem Wochenende: die Profis und die Amateure aus beiden Lagern und verhandeln über die wackeligen Tapetzerstücke hinweg. Wer regelmäßig geht, entdeckt schon hier und da ein schönes Stück - meist Schmuck. Oder etwas Originelles. Und diese Käufer sind, so hoffen die im „Bundesverband des Deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels e.V.“ in Hannover zusammengeschlossenen Etablierten, die Einstiege für die wirklich antiken Stücke. GABRIELE HERLYN

KRITIK

Wütende Lokalpatrioten

Es gibt noch unentdeckte Gegenden von sonderbarem Reiz in Deutschland. Eine davon ist das Eichsfeld an der hessisch-thüringischen Grenze, das tausend Jahre lang zum Erzbistum Mainz gehörte, bevor es 1803 dem Königreich Preußen einverleibt wurde.

kam ins Land und mit ihr kamen die kommunistischen Agitatoren, doch von den heute 150 000 Eichsfeldern blieben 120 000 praktizierende Katholiken, allesamt aber „wütende Lokalpatrioten“.

Schon die ersten Bilder in Günther Geislers Film „Sonderfall Eichsfeld“ aus der Reihe Reisebilder aus der DDR (ZDF) ließen die konfessionelle Prägung des Landes erkennen, das heute zu vier Fünfteln auf „DDR“-Gebiet liegt. Wegkreuze auf den Feldern, wie man sie sonst nur aus Bayern kennt, und Prozessionen durch Kleinstädte und Dörfer, die 35 Jahre „realen Sozialismus“ zu widerlegen scheinen, denn auch die mitgeführten Fahnen waren kirchlich-katholisch, auf keiner einzigen waren „Hammer und Zirkel“ auszumachen.

ALBAN ROTT

Kuddelmuddel der Generationen

Der alte Albert lebt nur noch in seiner Vergangenheit als erfolgreicher Radrennsportler und geht mit seinen ewigen Reminiszenzen der Tochter Gisela und deren Sproß Frank mächtig auf die Nerven. Er spürt das und hot sich deshalb eine gereifte Freundin, Hilde, ins Haus.

Das ist die Ausgangslage der von Oswald Döpkes mit Fingerspitzengefühl inszenierten Komödie Unser Hans reicht nur für drei (ZDF). Was aber passiert, wenn die anderen beiden plötzlich ebenfalls mit einem Partner auftauchen? Gisela nämlich probiert es mit Hubert (R. Glemmlich) als noch längst nicht geschiedener Feuilletonjournalist, ihr Sohn

schleppt die junge Katja (Anja Jäneck) an, und das just zu der Zeit, da Albert mit seiner Hilde verweist ist. Die aber gibt ihm unterwegs einen Korb, weil auch sie die ewigen Radler-Geschichten nicht mehr hören kann: Als der Alte enttäuscht heimkehrt, ist die Bude voll - Generationenkuddelmuddel.

Doch das hält nicht lange: Katja läßt sich von partyfreudigen Freunden wieder rausholen, Hubert bleibt bei seiner Frau kleben, und am Ende hocken Opa, Tochter und Enkel wieder zu dritt beieinander.

Ohne Sigfrid Steiner als Albert und Judy Winter als Gisela wäre das alles im Banalen versandet. Mit diesen beiden aber wurde ein sehenswerter Versuch über die zeittypische Unfähigkeit zur Kommunikation daraus. ALEXANDER SCHMITZ

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Satgeber 10.00 heute 10.05 Am Rosenmontag ist alles vorbei! 10.50 Das Mädchen im Apfelbaum

11.40 Vorwärts, Felle! 12.10 Kontraste 12.55 Presseschaub 13.00 heute

14.00 Tagesschau 14.30 Noch sind die Tage der Rosen 14.50 Die Berliner Alltagskultur um 1900

14.00 heute 14.04 Beethoven-Geschichten 14.35 Tee Time 14.50 Das Eichhorn und die Prinzessin

16.58 Deutschland? ... zurück aus Hollywood 17.50 Tagesschau

17.00 heute / Aus den USA 17.15 Tele-Headlines 17.50 Ein Heim für Tiere

20.00 Tagesschau 20.15 Kolumbus

18.58 heute-Schlagzeilen mittwochs - 7 aus 28 Spiel 77

Deutscher Spielfilm (1985) von Gerhard Pölt und Gisela Schneebberger

19.00 heute 19.30 Spielregeln

21.45 Besseres! Aktuelle Sendung 22.30 Tagesschau

20.15 Spielfilm Das Wort vom „reichen Juden“ und die Bürger von Korschbrunn

25.45 Die Fernseh-Pressekonferenz Mit dem sowjetischen Generaloberst Nikolaj I. Tschervov

21.00 Der Decker-Claus Wer ist mein Vater 21.45 heute-Jugend

0.30 Tagesschau 0.35 Nachtgedanken

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

SAT 1

15.00 Capota Future 15.30 Lando 16.05 Medisbox

17.00 S. O. S. - Charterboot! 18.00 Es darf gelacht werden

18.30 Sport auf SAT 1 19.00 Bayern Münchens östlicher Spielmacher

21.50 APF Blick 22.15 Eagle sucht Single 22.45 Koffer, Motor und Wissenschaft

3SAT

18.00 Mini-ZB 18.10 Bilder aus Deutschland

19.00 heute 19.30 3SAT-Studio

21.00 Wenn die Alpenrosen blühen 21.15 Zeit im Bild 2 21.30 Kulturjournal

RTL-plus

20.30 Filmarbeit 20.38 Freck und vertieft

22.00 RTL-Spiel 22.10 Wer bin ich? 22.32 Wetter / Horoskop / Bettlupfer!

WEST

19.30 Sesselfußball 19.50 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau

20.15 Ich stelle mich: André Kostelany Der amerikanisch-ungarische Börsenspekulant und Finanzexperte im Gespräch mit Claus-Hinrich Casdorff

20.15 heute 20.15 heute-Schlagzeilen mittwochs - 7 aus 28 Spiel 77

21.45 heute 21.45 heute-Schlagzeilen mittwochs - 7 aus 28 Spiel 77

21.00 Der Decker-Claus Wer ist mein Vater 21.45 heute-Jugend

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

22.00 Die phantastische Eisenbahn des Keesel Schärer Schweizer Spielfilm (1974) Mit Sigfrid Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.

Advertisement for Ludolf Herrmann, a former editor of Capital magazine, who passed away on Monday, February 10, 1986. The ad includes contact information for his family and the publisher Gerd Schulte-Hillen.

Advertisement for the Volkshilfe (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge) featuring the slogan 'Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern'.

Large advertisement for 'Kulturgeschichte der Menschheit in 18 Bänden' (Cultural History of Humanity in 18 Volumes) by Will Durant. It includes a detailed description of the work and a form for subscribers to request a copy.

Small advertisement for 'Abonnenten-Service' (Subscriber Service) from DIE WELT magazine, including contact details and a logo.

